

Ein

Accisestreit in England.

~~~~~

Von

Dr. Emanuel Leser,

Docent der Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg.



Heidelberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

1879.









Wo in einem civilisirten Volke eine ausgedehnte wirthschaftliche Thätigkeit herrscht, da werden nothwendiger Weise auch Erörterungen angestellt und schriftlich niedergelegt, die unsrem heutigen Bewußtsein als nationalökonomische erscheinen. Darum eben läßt sich, wie eine große Anzahl lehrreicher Arbeiten aus den letzten Jahrzehnten beweist, die Geschichte der Nationalökonomie so sehr weit über denjenigen Zeitpunkt zurückverfolgen, in welchem die ersten Versuche auftauchen, alle ökonomischen Thatfachen und Erscheinungen im Zusammenhang zu würdigen und unter einem einzigen Gesichtspunkte zu begreifen. Eine genauere Bekanntschaft mit jenen berühmten Autoren, in denen man die Schöpfer der Volkswirthschaftslehre zu bewundern pflegt, drängt sogar die Überzeugung auf, daß dieselben mit ihren umfassenderen und systematischen Darstellungen erst dann auftreten konnten, nachdem die einzelnen Theile ihres Gegenstandes schon seit langer Zeit das Nachdenken erregt und zu schriftstellerischer Behandlung veranlaßt hatten.

Damals nun, als noch die Betrachtungen von nationalökonomischem Charakter ausschließlich an vereinzelte Vorgänge des praktischen Lebens anknüpften, konnte sehr leicht jede an die Öffentlichkeit tretende Schrift wirthschaftlichen Inhalts eine ganze Litteratur rasch einander folgender Publikationen hervorrufen. So oft ein dem Verständniß großer Kreise nahe liegen-



der, ihre Interessen berührender Gegenstand von irgend einer Seite angeregt wurde, ließ sich auch mit Wahrscheinlichkeit darauf zählen, daß alsdann durch eine Reihe weiterer Schriften Zustimmung oder Widerspruch kundgegeben und vertheidigt wurden. Denn das Eingehen auf eine begonnene Diskussion war bequem, weil es keine fachmäßige Vorbildung voraussetzte, und es war zugleich wichtig, weil jede vorgetragene Lehre auf die schwankenden und bestimmbaren Anschauungen des Publikums Einfluß gewinnen konnte; das wirksamste Mittel aber, um für die eigene Auffassung Anhänger zu gewinnen, bestand darin, daß man zur Abfassung einer besondern Streitschrift schritt. Wenn wir daher heute, um die allmähliche Entwicklung der nationalökonomischen Ideen zu erforschen, auf eine entferntere Vergangenheit unsern Blick wenden, so begegnen wir in häufiger Wiederholung dem Schauspiel, daß das nämliche Problem innerhalb eines kurzen Zeitraums in mehreren sich auf einander beziehenden, theilweise einander bekämpfenden Abhandlungen besprochen worden ist. Der Geschichtschreiber der Nationalökonomie wird gut daran thun, solche gleichzeitige Besprechungen derselben Frage möglichst im Zusammenhang zu betrachten. Einmal nämlich dienen sie sich gegenseitig zur Erklärung, häufig auch zur Controle, da unrichtige oder einseitige thatsächliche Angaben der Kritik einer Gegenpartei nicht leicht entgehen. Aber auch abgesehen davon, so läßt sich aus derartigen Controversen die Anschauung eines Zeitalters mit besonderer Sicherheit erkennen. Alle Streitenden stehen doch auf einem gewissen gemeinsamen Boden, und wenn sie zu ungleichen Consequenzen gelangen, so sind diese aus obersten Annahmen abgeleitet, die auch der Gegner zugibt. Gerade in den Diskussionen tritt deshalb am Deutlichsten hervor, was allen urtheilsfähigen Mitlebenden als unbezweifelte Wahrheit gilt. Endlich kommt es auch vor, daß zur Vertheidigung eines Standpunktes, den man festzuhalten wünscht, diejenigen Argumente, die aus den herrschenden Vorstellungen abzuleiten sind, nicht zureichend erscheinen. Dann wird der Schriftsteller dazu gedrängt, der hergebrachten Auf-



fassung eine andere gegenüberzustellen und diese zu begründen. Auf diesem Wege ist manche wissenschaftliche Entdeckung gemacht, häufig eine bessere Erkenntniß heraufgeführt worden.

Es ist ein reicher Stoff, der für die Dogmengeschichte der Nationalökonomie in solchen an die jeweiligen Tagesfragen anknüpfenden kurzen Abhandlungen vorliegt, und er ist bisher nur in beschränktem Maße benutzt worden. Wenn wir bloß auf die Vergangenheit der deutschen Nationalökonomie blicken, so hat um die Mitte des vorigen Jahrhunderts das Münzwesen zu unzähligen Schriften Veranlassung gegeben. Darunter verbirgt sich wohl die eine oder andere von ausgezeichnete Tüchtigkeit und bleibendem Werth<sup>1</sup>, aber viele dieser Erörterungen können nur im Hinblick auf ihre Entstehung und im Zusammenhang mit andern gleichzeitigen Publikationen richtig gewürdigt werden<sup>2</sup>. Ebenso schufen die Theuerungsjahre um 1770 eine Litteratur über die Getreidepolitik<sup>3</sup>. Noch später ist in ähnlicher

---

<sup>1</sup> Ich behalte mir vor, eine für jene Zeit sehr hervorragende Arbeit an einem andern Orte zu besprechen. — <sup>2</sup> Auf den „Abdruck von einem Schreiben, die teutsche und anderer Völker Münzverfassung und insonderheit die braunschweigische Münze betreffend (1749)“, folgt: „Gründliche Prüfung des Schreibens die teutsche Münzverfassung betreffend (1750)“; darauf: „Vernünftige Vertheidigung des Schreibens die teutsche Münzverfassung betreffend (1752)“; endlich: „Untersuchung der Frage, ob das Silbergeld zu erhöhen sei, worin die sogenannte vernünftige Vertheidigung . . . beantwortet wird (1752)“. Vgl. Catalog der Hamburger Commerzbibliothek (1841) S. 240. Ebend. S. 241 Schriften, die an den Versuch, den Conventionfuß durchzuführen, anknüpfen; vgl. über diese Maßregel Hermann, über den gegenwärtigen Zustand des Münzwesens in Deutschland, im Archiv der politischen Ökonomie und Polizeiwissenschaft Bd. I, S. 67–72. — <sup>3</sup> „Die meisten Schriften über diesen Gegenstand knüpfen sich gruppenartig an einzelne große Theuerungen“ (Roscher, System der Volkswirtschaft Bd. II, § 154, II. 10, [7. Aufl.] S. 507). Vgl. auch „Gedanken über die gegenwärtige theure Zeit, Ulm, 1771“; „Überzeugender Beweis, daß eine Getreidesperre gegen die Schweiz den schwäbischen Reichskreis zu Grunde richten müsse, 1772“; „Nachruff an das Publikum, die vergangene Theuerung betreffend, Leipzig 1772“; „Von dem Nutzen eines gesetzlichen Fruchtpreises, Leipzig 1773“; Brase, über den Nutzen öffentlicher Kornmagazine, Braunschweig, 1773; Barkhausen, Briefe



Weise kurze Zeit nach Bentham's Buch über den Wucher in Deutschland eine Reihe von Schriften gefolgt, welche das nämliche Problem behandeln wie der Engländer<sup>4</sup>. Diese verschiedenen Controversen haben keine zusammenhängende Darstellung gefunden, und dadurch sind die meisten der einschlagenden Schriften in Vergessenheit gerathen. Dagegen hat die Litteratur, die in noch früherer Zeit durch eine finanzielle Frage hervorgerufen wurde, größere Beachtung gefunden. Diejenigen Schriften nämlich, in welchen der zu zwei verschiedenen Malen, in den achtziger Jahren des siebzehnten und im zweiten Jahrzehnt des achtzehnten Jahrhunderts, entbrannte Streit über die Einführung der Accise verhandelt wird, sind neuerdings von zwei Seiten besprochen worden: in einer monographischen Arbeit v. Inama-Sternegg's<sup>5</sup> und in einem eignen Abschnitt der Roscher'schen Geschichte der National-Ökonomik in Deutschland<sup>6</sup>.

In jenen Ländern, die wirthschaftlich und politisch früher gereift waren als Deutschland, ist es noch viel häufiger und in viel großartigerem Maßstabe geschehen, daß an praktische Zeitfragen eine litterarische Bewegung sich anschloß. So sind es gerade solche Gruppen überlieferter Gelegenheitschriften aus dem 17. und 18. Jahrhundert, die uns einen Einblick in den volkswirthschaftlichen Ideenkreis gestatten, der während der Blüthezeit der Niederlande in ihren Bürgern lebte; das verdienstvolle Werk von Laspeyres, das uns darüber zuerst Aufschluß brachte, ist fast ausschließlich aus diesem Material entstanden<sup>7</sup>. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß England wenigstens seit dem Beginne des achtzehnten Jahrhunderts auch in

über die Polizen des Kornhandels, 1773 (Vgl. Commerzbibl. S. 39). Sonnenfels' „Abhandlung von der Theuerung in den großen Städten“, 1769 (Ersch und Köppe, Literatur der Jurisprudenz und Politik b 1009), gehört nicht in diese Gruppe. — <sup>4</sup> Roscher, System, I. Bd. § 194, II. 1, (11. Aufl.) S. 438; R. S. Wiesinger, Beantwortung der Fragen: Was ist Wucher? Ist es gut ihn zu hemmen? und wodurch kann er gehemmt werden? 1790; J. B. Anzmann, Betrachtungen über Wucher und Mittel gegen denselben nach politischen und rechtlichen Grundsätzen, Mainz, 1793. — <sup>5</sup> Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft Bd. 21 (1865), S. 155—545. — <sup>6</sup> Abschn. 74, S. 319—326. — <sup>7</sup> Laspeyres, Geschichte der



dem Eifer, mit dem wirthschaftliche Fragen besprochen wurden, den rivalisirenden Nachbarstaat noch überflügelt hat. Jeder wichtige Vorgang und fast jedes Litteraturerzeugniß veranlaßt dort eine Menge von Publikationen, die, einander unterstützend, ergänzend, vertheidigend, bekämpfend, das aufgetauchte Problem sofort zur Controverse stempeln. Namentlich werden in dieser Form finanzielle Angelegenheiten des Landes lebhaft diskutiert. Wenn 1718 Herr Archibald Hutcheson „Berechnungen und Betrachtungen“ angestellt hat, so erfolgt alsbald deshalb ein „Brief“ an ihn, und auch die „Ausstellungen und Bemerkungen (animadversions and remarks)“ werden ihm nicht erspart; ein im Parlament 1746 gemachter Vorschlag, um drei Millionen aufzubringen, verursacht einen „Brief über den Vorschlag an Sir John Barnard“, der seinerseits eine „Vertheidigung der Vorschläge von Sir John Barnard“ und „Bemerkungen über den Brief an Sir John Barnard“ erzeugt.<sup>8</sup> So hat denn auch einmal in England die Frage der Einführung einer Accise ähnlich wie in Deutschland, nur in entsprechend gesteigerten Dimensionen, zu einer Litteratur von Streitschriften Anlaß gegeben. Die Ursache der Bewegung wird in der allgemeinen Geschichte erzählt. In zahlreichen bekannten Werken ist mit größerer oder geringerer Ausführlichkeit dargestellt, wie in den ersten Regierungsjahren Georgs des Zweiten der Minister Walpole eine Accise auf Wein und Tabak durchzusetzen versuchte, dabei aber dem erbittertsten Widerstande des Volkes begegnete.<sup>9</sup> Daß damals die Angelegenheit, welche das

---

volkswirthschaftlichen Anschauungen der Niederländer und ihrer Litteratur zur Zeit der Republik, S. 43—50. — <sup>8</sup> D'avenant in der Einleitung des essay upon the probable methods of making a people gainers in the balance of trade erzählt von: «Observations» des Mr. R . . . y und «Remarks» des Mr. T. E . . . d gegen seine früheren Schriften. Ebenso folgen einander 1710: Faults on both sides; most faults on one side; faults in the fault-finder; a vindication of the faults on both sides. — <sup>9</sup> Vgl. Lord Mahon's Geschichte von England vom Frieden von Utrecht bis zum Frieden von Versailles (Übers. v. Steger) Bd. 2, S. 188—200; Macaulay in der Edinburgh Review vol. 58, p. 246; ebend. p. 533: a storm broke forth, which appalled even those who remembered the days of «Excise» and of «South-sea»; Sinclair, the his-



ganze Land beschäftigte, auch von einer Reihe von Schriftstellern aufgenommen und erörtert wurde, die entweder die Bewegung schürten oder zu beschwichtigen suchten, — das wird von den modernen Geschichtschreibern ganz beiläufig erwähnt<sup>10</sup>, oder auch als selbstverständlich übergangen. Eine Zusammenstellung und nähere Besprechung ist jener Litteratur nicht zu Theil geworden, und so sind denn ihre einzelnen Bestandtheile allmählich verschollen. Es erscheint deßhalb vielleicht nicht ganz werthlos, wenn ich, da mir eine größere Anzahl der durch Walpole's Plan hervorgerufenen Streitschriften zugänglich gewesen ist, von dem Inhalt derselben hier Bericht gebe.

## I.

## Die Entstehung des Streites.

Das englische Steuerwesen hat nach der zweiten Revolution mit erstaunlicher Raschheit seine Ausbildung erhalten<sup>11</sup>. Bei der Thronbesteigung Wilhelm's III. betrug die jährliche Staatseinnahme zwei Millionen Pfund Sterling. Es gab nur fünf bedeutendere, mehr als hunderttausend Pfund ergebende Zweige derselben: das Tonnen- und Pfundgeld, das gegen 600,000 £<sup>12</sup> einbrachte, die „zeitweilige“ und die „erbliche“ Accise mit einem Gesamtertrag von 600 — 666,000 £<sup>13</sup>, das Steuerstätten- und Hausgeld mit etwa

---

tory of the public revenue of the British empire, II, p. 28. 29; Vocke, Geschichte der Steuern des britischen Reichs, S. 365 — 367. — <sup>10</sup> Mahon a. a. O., S. 196. Die erste der dort angezogenen zwei Stellen findet sich auch in der Broschüre: the sly subscription. — <sup>11</sup> Ich stütze mich in der Darstellung der finanziellen Verhältnisse, soweit ich keine besonderen Belege gebe, auf die aus Urkundenauszügen zusammengesetzte History of the national debts and taxes from 1688 to 1751, 4 voll., 1753. — <sup>12</sup> Dieser Ansatz beruht nicht, wie Vocke a. a. O., S. 301 n. meint, auf „übertriebener Schätzung“, sondern auf den Erfahrungen der Jahre 1685 bis 1688; vgl. The parliamentary history of England V, p. 150, 51. — <sup>13</sup> Die kleinere Summe wird in einem nach der Revolution dem Parlament vorgelegten Aktenstück als Durchschnitt von vier Jahren angegeben; die größere findet sich in (D'avenant's) Essay upon ways and means of supplying the war (3<sup>d</sup> ed. 1701), p. 35 als das thatsächliche Ergebnis des Rechnungsjahres 1688/89.



200,000 <sup>14</sup> £ Ergebnis, einen Zoll auf Wein und Essig, der 173,000, und einen solchen auf Taback und Zucker, der 148,000 £ verschaffte. Daneben flossen aus vier oder fünf weiteren Quellen <sup>14a</sup> die kleineren Einkünfte, die zur Ergänzung des Gesamtbedarfs erforderlich waren. Sünfundzwanzig Jahre später, als die Regierung der letzten Herrscherin aus dem Hause Stuart sich ihrem Ende näherte, war die regelmäßige Einnahme des Staates über sechs und eine halbe Million Pfund <sup>15</sup>. Um diese gewaltig gesteigerte Summe aufzubringen, hatte man inzwischen den Steuern eine ungeheure Mannigfaltigkeit geben müssen. Da waren ganz neue Abgaben eingeführt worden, wozu die despotischsten Könige keinen Versuch gemacht hatten: eine Grundsteuer, eine Malzsteuer mit reichen Erträgen, eine Haus- und Fenstersteuer, eine Steuer auf Trödler und Hausirer, Stempelsteuern in den verschiedensten Gestalten. Dazu hatten die früher vorhanden gewesenen Einkommenszweige, das Zoll- und das Accisewesen, die bedeutendste Veränderung erfahren. Man unterschied jetzt nach ihrer Entstehungszeit einundvierzig Zollgesetze, die theilweise neben einander bei den nämlichen Waarengattungen zur Anwendung kamen und dieselben mit Abgaben belasteten. Die Accise aber, die früher aus zwei Theilen bestanden hatte, ruhte jetzt auf siebenundzwanzig verschiedenen Gesetzen und war dadurch auf immer mehr Gegenstände ausgedehnt und zu immer höheren Sätzen emporgeschraubt worden. Nun war allerdings die Regierung Wilhelm's III., wie die seiner

<sup>14</sup> Vgl. Parliamentary history, vol. 5, p. 151. D'avenant, Discourses on the public revenue I, 126, behauptet einen reinen Ertrag von 240,000 £. —

<sup>14a</sup> Nämlich: Post 55—65000 £., Zoll auf verschiedene französische Waaren 94000 £., Diverse und Casuelles 56—70,000, ein besonderer Zoll auf verschiedene Getränke und ein für Bauten verwendeter innerer Kohlenzoll. —

<sup>15</sup> Die bei Gelegenheit der Union aufgestellte Liste der englischen Staatseinnahmen findet sich u. A. bei Sinclair, history of the public revenue of the British empire, II, 21, 22. Dieselbe schließt mit einer Totalsumme von 5,691,803 £. Die seit der Union neu bewilligten Abgaben werden 1715 auf 852,804 £. geschätzt, vgl. Asgill, an abstract of the public funds granted and continued to the crown . . and still existing, p. 9.



Nachfolgerin durch fortwährende Kriege in Anspruch genommen; um so eher konnte man von den bessern Zeiten, die nach dem Utrechter Frieden folgten, eine Steuererleichterung erwarten. Allein auch während der dreizehn Jahre der Regierung Georg's I., die doch im Ganzen eine friedliche war, wurde nicht eine einzige Steuer beseitigt, mehrere wurden neu eingeführt oder erhöht. Die Zahl der Zollgesetze war beim abermaligen Regierungswechsel im Jahre 1727 auf zweiundvierzig, die der verschiedenen Accisen auf neunundzwanzig gestiegen. Dazu gab es noch achtzehn andere Steuern; die zuletzt eingeführten waren eine Abgabe auf Silbergeschirr<sup>16</sup>, eine Gewerbesteuer der Londoner Speise- und Bierwirthe<sup>17</sup>, neue Gerichtsporteln<sup>18</sup> und eine Gehaltssteuer der Civilbeamten<sup>19</sup>. Es hatte sich aber außer der Vermehrung und der Erhöhung der Steuern inzwischen auch eine rechtliche Veränderung mit denselben vollzogen. Zuerst als vorübergehende eingeführt, waren sie jetzt mit wenigen Ausnahmen für alle Zukunft bewilligt. Auch daran trugen die Ausgaben für den Krieg die Schuld. Man hatte, um diese zu bestreiten, Anlehen aufgenommen und zur Sicherheit der Gläubiger bestimmte Einnahmen für die ganze Dauer der Schuld verpfändet. Man nannte den Abschluß der Anleihen geradezu eine „Sundirung“, das Bilden eines Sonds, einer Summe regelmäßig eingehender Beträge, die zur Verzinsung, vielleicht auch zur allmählichen Tilgung der Schuld hinreichten. Die Steuern wurden allerdings auch alsdann zuerst nur für die Dauer der Anlehen bewilligt, allmählich aber blieb diese Beschränkung weg, da sie keine große und jedenfalls keine nahe praktische Bedeutung zu haben schien. So waren denn am Ende der Regierung Georg's I. nicht bloß die Einkünfte, woraus die Civilliste bestritten wurde, der jährlichen Bewilligung des Parlaments

<sup>16</sup> 5<sup>th</sup> Money-act George I. Parl. 1, Sess. 5; die Steuer betrug 6  $\text{ſ}$  per Trownze. — <sup>17</sup> 1—6 Pfund von dem Einzelnen; 4<sup>th</sup> Money-act George I. Parl. 2, Sess. 4. — <sup>18</sup> 8<sup>th</sup> Money-act ejusd. Parl. — <sup>19</sup> In Höhe von  $2\frac{1}{2}\%$ ; 3<sup>d</sup> money-act George I, Parl. 1, Sess. 6 and 7.



entzogen, nicht bloß diejenige Accise, die als eine „erbliche“ unter Karl II., als Ersatz für den zuletzt beseitigten Rest der Lehnsgefälle eingeführt worden war <sup>20</sup>, — nach und nach hatte man vielmehr fast die ganze Accise —, alle Arten von Zöllen, Stempelsteuern und Gewerbesteuern dem Dienste der Staatsschuld bestimmt und im Zusammenhang damit zu bleibenden Abgaben erklärt. Von dem jährlichen Staatsbedarf waren in normalen Zeiten nur etwa zwei Millionen Pfund mit Hilfe jährlich wiederkehrender Bewilligungen des Parlaments aufzubringen; gewöhnlich griff man, um diese ergänzende Summe zu beschaffen, einerseits auf die Malzsteuer, die 750,000 £ gewährte, und außerdem auf eine Grundsteuer, bei welcher man den Steuerfuß je nach dem wechselnden Bedürfnis wählte, meist auf zwischen zehn und zwanzig Procent des geschätzten Reinertrags feststellte.

So lagen die Verhältnisse bei der Thronbesteigung Georg's II., und die neue Regierung begann mit einer Maßnahme, die nur geeignet war, unter dem Volke die Unzufriedenheit mit dem Gange der Finanzpolitik noch wesentlich zu steigern. Georg II. hatte, wie das bei diesen ersten Hannoveranern dann traditionell wurde, als Kronprinz mit seinem Vater in üblem Einvernehmen gestanden, und es war daher zu erwarten, daß er den leitenden Minister des Vorgängers, Robert Walpole, alsbald von der Führung der Geschäfte entheben werde. Allein wider alles Vermuthen wurde, nachdem der neue König nur wenige Tage hindurch mit andern Absichten sich getragen <sup>21</sup>, der mächtige Parteimann dennoch in seinem Amte bestätigt. Walpole war dafür bekannt, daß er seine Dankbarkeit in klingender Münze, wenn auch nicht aus der eigenen Tasche, zu bezahlen pflegte. Und in der That, als es sich nach wenigen Wochen um die Bewilligung der Civilliste im Unterhaus handelte, da machte er der seinem Willen blindlings folgenden Versammlung Vorschläge,

<sup>20</sup> Für die Abgaben des court of wards and purveyance, vgl. auch Gneist, Geschichte und heutige Gestalt der englischen Communalverfassung (2. Aufl.) I, 314; Noble, the Queen's taxes p. 137. — <sup>21</sup> Lord Mahon, a. a. O., II, S. 138—140.



wie sie der König so günstig kaum hatte hoffen können<sup>22</sup>. Georg I. hatte als Civilliste genau 700,000 £ bezogen. Im Mai 1715 war im Ausgabenausschuß des Unterhauses beschlossen worden, zu den Bezügen der vorhergehenden Fürstin noch aus einem besondern Fond einen Betrag bis zu 120,000 £ verfügbar zu machen, damit der König in jedem Jahre volle 700,000 £ beziehe, aber auch nicht mehr<sup>23</sup>. In der That zeigte sich im Laufe der Regierung, daß nicht die ganzen 120,000 £ erforderlich waren, um die früher schon der Civilliste überwiesenen Einkünfte auf 700,000 £ zu erhöhen. Vielmehr blieben im Durchschnitt der Regierungsjahre Georg's I. etwa 65,000 £, in den letzten fünf Jahren sogar 100,000 £ jährlich für die allgemeinen Staatszwecke übrig.

Daher war es schon ein für den König sehr vortheilhafter Vorschlag, als Walpole zuerst im Unterhaus darauf antrug, daß der Civilliste die Einkünfte, aus denen früher bloß die feste Summe von 700,000 £ vorweg bezahlt worden war, ohne Rechnungslegung vollständig überwiesen werden sollten. Der Minister gab selbst an, daß damit das Einkommen der Krone

---

<sup>22</sup> Die im Folgenden dargestellten Verhältnisse ergeben sich am Klarsten aus der 1729 erschienenen Broschüre: A letter from a member of parliament to his friend in the country concerning the sum of 115,000 £ granted for the service of the civil list. Auf die dort gegebene Darstellung stützt sich auch eine „zur Belehrung junger Parlamentsglieder“ 1745 veröffentlichte Finanzschrift: A survey of the national debts, the sinking fund, the civil list and the annual supplies, p. 26 ff. Höf-ler, Geschichte der englischen Civilliste S. 20, hat aus seinen Quellen keinen Einblick in die Vorgänge gewonnen. — <sup>23</sup> Die 700,000 £ sind wie das Maximum auch das Minimum: upon condition, that if that whole revenue with this addition produced less than 700,000 £ yearly, the deficiency should be made good by parliament (history of duties III, 46). Die Civilliste Georg's I. war daher eben so fest in Geld bestimmt, wie nur diejenige eines heutigen Monarchen es sein kann. Eine bedeutendere Veränderung in der englischen Civilliste ist daher nicht erst, wie v. Treitschke angibt (in Bluntschli's Staatswörterbuch, Bd. II, S. 517), mit Georg II. eingetreten, noch wird man mit Wagner, Finanzwissenschaft S. 220 ff., sagen können, die heutige Bedeutung des Wortes „civil list“ stamme erst von 1728 her.



auf thatsächlich etwa 800,000 £ erhöht sei, und in einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit der Maßnahme einverstanden. Als dann aber das Ministerium dem Beschlusse entsprechend einen Gesetzesvorschlag einbrachte, befand sich darin eine Clausel, welche dem König noch mehr gewährte, als vorher in Aussicht genommen war. Es hieß nämlich in dem Entwurf, wenn in einem Jahr die überwiesenen Einkünfte nicht den Betrag von 800,000 £ erreichten, solle das an dieser Summe Fehlende aus den bereitesten Mitteln der Staatskasse oder, wie man damals sagte, den „ersten Bewilligungen“<sup>24</sup> zugeschossen werden. Eine solche Bestimmung nun war, wenn man auch nach der Erfahrung annehmen durfte, es werde der Staat nicht leicht in den Fall kommen, die fragliche Ergänzung bezahlen zu müssen, dennoch ungerecht und gehässig. Es war der Krone die Chance offen gehalten, unbegranzte Mehreinnahmen zu beziehen, vor jedem Ausfall aber blieb sie geschützt. Das konnte für das Land um so nachtheiliger sein, als unter den der Civilliste überwiesenen Einkünften viele einen stark schwankenden Ertrag hatten. Wenn beispielsweise Zölle in einem bestimmten Jahre weniger ergaben, so war anzunehmen, daß dafür der Waarentransport in dem folgenden Jahre um so größer sein werde; ein solches Ereigniß aber erschien durch die Clausel zu Gunsten der königlichen Casse ausgebeutet. Trotzdem gab das willige Parlament dem Vorschlag seine Zustimmung. Das Ministerium ging nun aber noch weiter. Ehe man es dachte, wurde von der anstößigen Bestimmung Gebrauch gemacht. In der Session des Jahres 1729 erschien Walpole mit dem Bericht, während des ersten Regierungsjahres habe der König nur 684,400 £ eingenommen. Allerdings war es eine bedeutend größere Summe, welche, wenn man den festen Zuschuß der 120,000 £ hinzurechnete, aus den der Civilliste überlassenen Steuern Unterthanen schuldig geworden waren; allein naturgemäß waren von den im Jahre fällig gewesenem, verschieden-

<sup>24</sup> Next aids granted by Parliament.



artigen Abgaben am letzten Tage des Jahres noch ansehnliche Beträge unbezahlt. Der Minister faßte die Bestimmung, wonach die Einkünfte der Krone mit 800,000 £ garantirt worden, dahin auf, daß diese Summe auch innerhalb jedes Jahres in die königliche Casse baar eingegangen sein müsse, um den Staat von der übernommenen Ergänzung zu befreien. Da dieß nicht der Fall gewesen sei, so forderte er eine besondere Auszahlung von 115,000 £. Vergebens rechnete die Opposition vor, daß in Wahrheit die königlichen Einkünfte nicht bloß 800,000, sondern sogar 952,000 £ gewesen seien<sup>25</sup>; vergebens verlangte sie, wenn man auch die 115,000 £ vorschießen wolle, so müßten dieselben doch, falls der König in Folge der gebliebenen Rückstände im nächsten Jahre mehr als 800,000 £ einnehme, wieder zurückgegeben werden. Walpole hielt fest, Rückstand und Ausfall sei gleichbedeutend, und er gab nur das Eine zu, daß aus den Beträgen, welche der König alsdann in den einzelnen Jahren über 800,000 £ beziehe, am Ende seines Lebens dem Staate die 115,000 zu ersetzen sein dürften. Walpole's Wille drang natürlich durch, und so hatte im günstigsten Falle das Land dem König für seine ganze Regierungszeit ein zinsfreies Darlehen von 115,000 £ gegeben.

Vielleicht noch mehr böses Blut unter der von den Staatslasten schwer bedrückten Nation machte eine andere Maßregel, die bald folgte, und worin man die ganze Hinterlist der Walpole'schen Politik zu erkennen meinte. In der Parlamentssession des Jahres 1730 nämlich schlug der Minister die Aufhebung der hauptsächlichsten auf dem Salz ruhenden Abgaben vor<sup>26</sup>; nur zwei Einfuhrzölle sollten bestehen bleiben, die dann aber wohl

<sup>25</sup> Bei der Zahl 1,000,000, die Köstler, a. a. O. S. 20, gefunden hat, sind wohl die nachbewilligten 115,000 £ zugerechnet. — <sup>26</sup> Die Abgaben waren 40 Pence per Bushel vom inländischen Salz und 80 vom ausländischen, abgesehen von einem Werthzoll von 25 %. Dieser letztere und 24 Pence weiterer Einfuhrzoll sollten bestehen bleiben. Nach D'avenant (1699) hätte man das ausländische Salz nicht ganz entbehren können, da es sich bei der Einpökelung zur Mischung empfahl.



mehr als Schutz Zoll wirken, keinen hohen Ertrag geben konnten. Die Salzsteuer hatte bis dahin etwa 185,000 £ reines Einkommen jährlich dem Staate gebracht. Sie war nicht bloß wie überall, wo sie vorkommt, deshalb verhaßt, weil sie auf die untersten Klassen schwer drückt, sondern sie verursachte auch die unverhältnißmäßig hohen Erhebungskosten von 25,000 £ und war der Schifffahrt und dem Fischfang des Landes nachtheilig. Schon 1699 bald nach der Einführung der Abgabe hatte D'avenant erzählt, in Irland, wo die Steuer nicht bestand, könne man ein Schiff mit Ochsenfleisch, Schweinefleisch und Salz fast für dasselbe Geld proviantiren, welches in England allein auf den Salzankauf gehe<sup>27</sup>. Die Aufhebung war daher ein sehr willkommener Akt, und verschiedene Umstände rechtfertigten auch eine Steuererleichterung. Die Differenzen, die mit Spanien bestanden hatten, waren eben beseitigt worden, der Bedarf für Armee und Flotte ermäßigte sich<sup>28</sup>, und außerdem erlangte der Staat durch einen neuen Vertrag mit der Ostindischen Compagnie von dieser eine einmalige Leistung von 200,000 £. Auch bewilligte diese privilegierte Gesellschaft auf ihr Guthaben eine Zinsenherabsetzung von fünf auf vier Prozent, was einer Ausgabeverminderung von jährlich 32,000 £ gleich kam. Je größeren Beifall nun die Beseitigung der Salzsteuer gefunden hatte, um so tiefer mußte es die Empfindung der Nation verletzen, als Anfangs 1732 Walpole plötzlich die Wiedereinführung, zunächst allerdings nur für drei Jahre, dem Unterhaus vorschlug. Wie er behauptete, wünschte er die Maßregel der Grundeigenthümer wegen. Diesen sollte im nächsten Jahre ihre Steuer von zehn Procent auf fünf Procent des Reinertrags der Selder herabgesetzt werden<sup>29</sup>; für den Ausfall reichte eine dreijährige

<sup>27</sup> Essay upon the probable methods of making a people gainers in the ballance of trade, p. 153. — <sup>28</sup> Im vorhergehenden Jahr betrugen die Ausgaben für die Marine 996,000 £, für das Heer 1,097,000 £, für 1730 nur 864,000 u. resp. 978,000 £. — <sup>29</sup> Es ist neuerdings aufmerksam gemacht worden (namentlich im Report of the commissioners of inland revenue for 1856-69 Vol. I, p. 109, 110 und von Noble, The Queen's taxes p. 142-45), daß die sogenannte land-



Salzsteuer hin, deren Ertrag in einem Anlehen von 500,000 £ anticipirt wurde. Allein das Volk sah wohl ein, daß die Salzsteuer, einmal provisorisch wieder eingeführt, nicht mehr zu beseitigen sein werde<sup>30</sup>; man rechnete auch nach, daß die Erleichterung des Grund und Bodens 500,000 £ ausmache, die dreijährige Salzsteuer aber die Nation mit 630,000 £ belaste. Und woher sollte Walpole ein uneigennütziges Wohlwollen für die Grundeigenthümer haben, unter denen die Dynastie sicher weniger Anhänger zählte als unter den übrigen Ständen des Volkes? Vor Allem aber, warum hatte der Minister damals, als er die Salzsteuer aufhob, nicht statt dessen bei der Grundsteuer eine Erleichterung eintreten lassen? Wurde nicht daraus offenbar, daß ihm die Interessen des Grundbesitzes nur zu einem Vorwand dienten? Man mußte sich fragen, ob, was der Minister gethan, nicht für die Finanzen und damit für die Macht des Königs und seiner Rathgeber einen Vortheil gewährte. Nun waren die Abgaben vom Salz vor ihrer Beseitigung unter den Einkünften gewesen, woraus die Zinsen an die Südsee-gesellschaft bezahlt wurden; bei der Wiedereinführung wurden sie nicht ihrem früheren Zweck gewidmet. Im Jahre 1716 aber hatte ein berühmtes Gesetz bestimmt, daß die Überschüsse aus jenen Einkünften, welche der Zinsenzahlung bestimmt waren, zur allmählichen Abtragung der vor Weihnachten 1716 aufgenommenen Anleihen dienen sollten. Walpole hatte also durch seine doppelte Maßregel eine Verminderung der Mittel herbeigeführt, die zur Schuldentilgung dienten, daher für die laufenden Ausgaben größere Beträge verfügbar gemacht. Während seine Bewunderer zu rühmen pflegten, er sei es gewesen, der seiner Zeit jenen Plan zur allmählichen Abtragung der Schulden in's Leben

---

tax dem Gesetze nach auch auf den Ertrag aus beweglichem Kapital (mit Ausnahme von landwirthschaftlichem Betriebskapital und Staatspapieren) und auf Arbeitseinkommen gelegt war. Man gibt aber zu, daß thatsächlich fast nur die Grundrente beisteuerte. — <sup>30</sup> Plumer, parliament, history VIII, 946: if this duty be revived, I despair of ever seeing it again taken off.



gerufen habe, machte er selber jetzt einen offenbaren Angriff auf den Tilgungsfond<sup>31</sup>.

Wer den Mann kannte, mußte von vornherein Zweifel hegen, ob es ihm mit der Beseitigung der Salzsteuer Ernst sei. Erst 1727 hatte ein ministerieller Schriftsteller die indirekten Steuern als ein Ideal gepriesen und die Sorderung erhoben, daß dieselben, sobald die Beschaffenheit der Finanzen es gestatte, die alleinige Art des Staatseinkommens bilden sollten<sup>32</sup>. Auch war Walpole selbst gerade für diejenige Art der Verbrauchsabgaben, die wie die abgeschafften Salzsteuern beim inländischen Producenten angelegt wurden und auch in England Accise (excise) hießen, bei früheren Gelegenheiten erfolgreich eingetreten. Namentlich ist bekannt, daß auf seine Veranlassung unter der vorhergehenden Regierung 1724 die besonderen<sup>33</sup> Zölle auf Kaffee, Thee und Cacao aufgehoben und durch Acciseabgaben ersetzt wurden, die beim Verkauf an Inländer, resp. bei der

---

<sup>31</sup> Diese Wirkung der Aufhebung und Wiedereinführung der Salzsteuer wird angedeutet History of debts a. a. O. IV, p. 39: this abolition seems to have been a concerted scheme for nothing else but for obtaining a new fund of credit, for running the nation further in debt. Von den modernen Geschichtschreibern ist diese Bedeutung des Vorgangs übersehen worden. —

<sup>32</sup> An essay on the public debts of this kingdom p. 54: the duties, at present appropriated to the payment of our debts, or part of them may, after the discharge of those debts, be continued and made to answer the ordinary annual expence of our government, more to the advantage of the public, with less burden and expence to the particular estates of his Majesty's subjects in this kingdom, and consequently with a more equal and reasonable proportion of the burden or expence by every subject submitted to, to the benefit he receives from the support of our government, than is now done by the present provision made for the aforesaid ordinary annual expence; p. 56: the said duties will generally be paid by every person nearly in proportion to his ordinary annual expence. And this is the share or proportion which of all I think most eligible. — <sup>33</sup> Die Waaren blieben noch fünf verschiedenen allgemeinen Zollgesetzen unterworfen, dem 1., 10., 16., 23. und 25. Zweig der Zölle. Die Abgaben, deren Erhebung verändert wurde, betrugen 2 sh. vom Pfund Kaffee, 4 sh. vom Pfund Thee, 1½ sh. vom Pfund Chokolade.



Anfertigung der Chokolade zu entrichten waren<sup>34</sup>. Die Regierung hegte schon damals die Ansicht, daß die vorgeschriebenen Acciseabgaben in geringerem Maße würden umgangen werden, als mit den Zöllen der Fall gewesen; am Schlusse der Session, in der die Veränderung beschlossen wurde, hatte die Thronrede den Abgeordneten gedankt, daß sie „das öffentliche Einkommen vermehrt hätten, indem sie dasselbe unter eine strengere Verwaltung stellten“<sup>35</sup>. Die Staatskasse hatte sich in der That über den Erfolg nicht zu beklagen. Ob nun die getroffene Maßregel die Schuld trug oder nicht, — die Zölle minderten sich nicht um den vollen Betrag, den die ausgeschiedenen Waaren als Steuer abwarfen. Seit 1718 hatte die reine Einnahme aus den Zöllen nicht 1,700,000 £ überstiegen. Dieselbe sank 1725 allerdings auf 1,579,000 £; aber die Abgaben von Kaffee, Thee und Chokolade erhoben sich in den nächsten Jahren bis auf mehr als 200,000 £<sup>36</sup>.

Diese Wahrnehmung hätte sicher recht schnell dazu geführt, die Erhebung der Abgaben auf manche Verbrauchsgegenstände von den Landesgrenzen in das Innere des Staatsgebietes zu verlegen, wäre nicht die tiefe Abneigung der Nation gegen Alles, was Accise hieß, zu schonen gewesen. Einem freiheitliebenden Volke war es ja auch keineswegs zu verdenken, daß es einer Besteuerung widerstrebte, die nur mittelst einer belästigenden Aufsicht über die Geschäftsräume und sogar die Wohnungen zahlreicher Gewerbetreibender durchzuführen war. Auch der Umstand, daß nicht die ordentlichen Gerichte, sondern drei will-

---

<sup>34</sup> Eine ähnliche Maßregel war es bereits gewesen, als in der Winter-session 1721/22 die Abgaben von dem zum Häringpökeln verwendeten Salz aufgehoben, und dafür die zum inländischen Consum bestimmten Häringe einer Steuer unterworfen wurden. Trat hier gleich die eine inländische Steuer an die Stelle einer andern, so gab man doch eben auch derjenigen den Vorzug, die in einem späteren Stadium der Production, näher beim Consumenten zur Erhebung kam. — <sup>35</sup> Parliamentary History VIII, 394. — <sup>36</sup> History of debts, Tabelle zu Bd. II. Die dort mitgetheilten Zollerträgnisse weichen von den Angaben bei Voche, a. a. O. S. 358, ab.



kürlich von der Krone absehbare Commissäre in letzter Instanz Accisestreitigkeiten entschieden, gab allgemeinen Anstoß. Noch später, als die Verfassung fester begründet war, und deshalb eine vereinzelte Abweichung von den Principien derselben nur in geringerem Maße Befürchtungen erregen konnte, bemerkt Blackstone, „die Strenge und die willkürliche Handhabung der Accisegesetze sei kaum verträglich mit der Sinnesart einer freien Nation“<sup>37</sup>. Johnson aber erklärte 1755 in seinem Wörterbuch die Accise als „eine verhaßte Steuer, die man auf Lebensbedürfnisse legt und nicht von den gewöhnlichen Abschätzungsbehörden bestimmen läßt, sondern von Elenden, gemiethet von denen, an welche die Accise bezahlt wird“<sup>38</sup>. Ähnliche Äußerungen liegen jedoch auch aus einer viel früheren Zeit vor. Unter Wilhelm III. hatte ein Märtyrer der freiheitlichen Sache, John Hampden, der schon durch seinen Namen und durch seine Abkunft der Nation theuer sein mußte, mit aller Entschiedenheit und mit den wirkungsvollsten Gründen die Accise bekämpft<sup>39</sup>. Er hatte gezeigt, daß der Betrag, womit sie die Steuerpflichtigen belaste, sich im Voraus nicht absehen lasse, daß sie der Freiheit widerspreche, daß sie dem Volke verhaßt sei, die Grundeigenthümer ebenso gut treffe wie eine Bodensteuer, die inländische Production schädige, gerade von den Ärmsten gefordert werde, die am Wenigsten eine Steuer zu ertragen vermögen. Er hatte auf die Gefahr hingewiesen, daß die Accise immer mehr Waarengattungen ergreifen werde, daß die Beamten einen gesteigerten Einfluß auf die Abstimmungen der Wähler erhielten; auch die großen Kosten der Erhebung wurden nicht unerwähnt gelassen. Trotzdem dehnte sich die Accise unter Wilhelm III. in dem Sinne aus, als sie durch eine Anzahl neuer Gesetze erhöht wurde;

<sup>37</sup> Commentaries on the laws of England, vol. I, of the king's revenue (I, 8). — <sup>38</sup> Lord Mahon, Geschichte von England a. a. O., II, 190. — <sup>39</sup> Vgl. Some considerations upon the most proper way of raising money in the present conjuncture, written by John Hampden. Abgedruckt in der Parliamentary history V, XLIX—LXVI.



dagegen blieben die Gegenstände, welche ihr unterlagen, nach wie vor beschränkt. Sie ruhte, wie das auch vor der Revolution der Fall gewesen<sup>40</sup>, nur auf im Inland erzeugten Getränken. So waren ihr denn das Bier, der Obstwein und der Kunstwein einschließlich der Spirituosen unterworfen. Unter Königin Anna änderte sich nun aber die Besteuerung auch darin, daß man auf ganz neue Gegenstände Accisen legte. Es wurden Kerzen, Säute, Pergament, Hopfen, Papier, Seife, gewisse Kleiderstoffe, Stärke, Gold- und Silberdraht allmählich bei den inländischen Producenten steuerpflichtig gemacht<sup>41</sup>. Und doch regten sich damals schon lauter die Klagen über diese Art der Abgabe. So erschien 1706 eine Schrift: Bemerkungen über die schauerlichen Unterdrückungen, die Unverschämtheiten und die unverantwortliche Parteilichkeit der Accisecommissäre<sup>42</sup>. Darin war das gehässige Verhalten der Beamten in packenden Beispielen vorgeführt. Die Gewerbetreibenden wurden namhaft gemacht, die durch die Chikane und das Übelwollen der Steuerofficianten von ihrem ehrlichen Geschäfte verjagt und an den Bettelstab gebracht worden waren. Es wurde nachgewiesen, wie die nützlichsten und ehrenwerthesten Bürger (z. B. der Baronet Selix Seast, „der erste Brauer der Welt, der dem Staate mehr als 200,000 £ Steuer zahlte“), durch Lüge und Gesetzesverdrehung als Defraudanten erklärt und gebüßt wurden. Es wurde die Willkürlichkeit des Acciserechts auch damit dargethan, daß die nämlichen Anschuldigungen dem Einen Freisprechung brachten, während sie dem Zweiten empfindliche Strafen zuzogen. Nun geschah aber bei der Ausdehnung der Accise Nichts, um

---

<sup>40</sup> Eine 1694 erschienene Schrift (*compendious history of the taxes of France*, Harleian Miscellany X p. 209) erklärt die französischen aides durch ihre Identificirung mit „Accise“. — <sup>41</sup> In dem Report of the commissioners of inland revenue for the years 1856 to 1869 ist in Vol. II Satz und Ertrag der Accise seit der Zeit der Einführung angegeben für Papier p. 22 ff., Hopfen p. 27. — <sup>42</sup> Remarks on the horrible oppressions, insolences and unjustifiable partialities of the commissioners of excise, with some historical collections of matter of fact; die Schrift wurde dem Sheriff John Suller zugeschrieben.



die Erhebung milder zu machen. Im Gegentheil, als Walpole die besprochene Veränderung in Bezug auf Kaffee, Thee und Chokolade vornahm, da fand man seine Control-Vorschriften drückender als diejenigen irgend eines früheren Gesetzes und erinnerte mit Wehmuth an die Worte, womit unter Wilhelm III. die Aufhebung des Herdgeldes begründet worden war, daß „es ein Brandmal der Sklaverei sei, wenn jedes Haus dem Eintritt und der Durchsuchung fremder Personen ausgesetzt ist“<sup>43</sup>.

So blieb denn die Maßregel vom Jahre 1724 zunächst eine vereinzelte. Ein Vorschlag, von den im Ausland erzeugten Gegenständen des inneren Verbrauchs noch weitere statt mit Einfuhrzöllen mit der Accise zu belasten, mußte heftigem Widerspruch begegnen und selbst bei den Abgeordneten mißfallen. Aber der Erfolg macht übermüthig. Unter dem neuen Herrscher, der Walpole's Dienste noch höher zu schätzen schien als der Vorgänger, gelang ja dem Minister das Gewagteste. Könnte ein bedenklicherer Versuch gedacht werden, als die verhaßteste unter allen Abgaben, nachdem die Nation sie mit der lebhaftesten Gemuthung kaum hatte fallen sehen, alsbald nochmals einzuführen! Und doch war in Bezug auf die Salzsteuer der Wille des rücksichtslosen Staatsmannes von dem unterwürfigen Parlament vollständig bestätigt worden. Walpole hatte bei dieser Gelegenheit auch eines besonders wirksamen Kampfmittels sich bedient, dessen Gebrauch wiederholt werden konnte. Er hatte die kleinlichen Interessen der verschiedenen Volksklassen gegen einander aufgereizt und den Streit zu Gunsten des fiskalischen Vortheils ausgebeutet. Die gutmüthige Masse durchschaut es ja selten, wenn die Regierungsmänner von andern Beweggründen geleitet werden, als sie im Munde führen. So dachte denn Walpole, nachdem er die Salzsteuer durchgesetzt hatte, auf eine Ausdehnung des Accisesystems, die er durch Versprechungen an

<sup>43</sup> Worte des Gesetzes 1 Will. a. M. Chap. 10, vgl. A state of the national debt as it stood dec. the 24<sup>th</sup> 1716, compared with the debt at michaelmas 1725 (1727), vorletzte Seite.



die Grundeigenthümer annehmbar zu machen hoffte. Schon in den Diskussionen des Jahres 1732 ließ er einfließen, daß es ein Mittel gebe, auch den letzten Rest der Grundsteuer abzuschaffen<sup>44</sup>. In der nächsten Parlamentssession dann wollte er ein Gesetz vorlegen, das neue Accisen einführte. Die auf Tabak und Wein ruhenden Einfuhrzölle sollten aufhören, und dafür diese Verbrauchsgegenstände bei dem inländischen Händler versteuert werden. Der Tabak, der mit dem ansehnlichen Satz von  $6\frac{1}{3}$  Pence per Pfund besteuert war, lieferte doch nur eine Reineinnahme von 161,000 £<sup>45</sup>. Größer war der Ertrag der Weinzölle. Schon bei der Thronbesteigung Wilhelm's III. war das Einkommen aus Wein und Essig auf 173,000 geschätzt worden<sup>46</sup>, zur Zeit der Union liefern Wein, Essig und Tabak zusammen 413,000 £<sup>47</sup>, 1711 wurden dieselben Abgaben und mehrere andere mit geringerem Ertrag vereinigt und reichten so hin, um der Südseegeellschaft jährlich 568,000 £. Zinsen zu zahlen<sup>48</sup>. So ergibt sich die ungefähre finanzielle Wichtigkeit jener beiden Artikel, in deren Besteuerung sofort ein Wechsel geplant war. Allein während der Vertagung der Kammern regte sich eine litterarische Opposition, welche in ungeahntem Maße die Verwirklichung des Projektes erschweren sollte.

## II.

### Die Streitschriften.

Der Minister war in der Presse gut bedient; er hatte periodische Blätter zu seiner Verfügung und Broschürenschrreiber, die ihn verherrlichten<sup>49</sup>. So erschien denn auch, offenbar noch während der Parlamentssession des Jahres 1732, eine ausführ-

---

<sup>44</sup> Parl. history VIII, 945. — <sup>45</sup> Ebend. VIII, 1274. — <sup>46</sup> Oben S. 7. — <sup>47</sup> Sinclair, a. a. O. II, 21, 22. — <sup>48</sup> Asgill, an abstract of the public funds p. 8. — <sup>49</sup> The sly subscription (1733) p. VI: a much less crime than those dedicators commit who abuse a great man with his own leave, by libelling him with praises, which every body are ready to agree he has no title for.



liche Darstellung, welche die letzten Maßnahmen der Regierung vertheidigen und für die weiteren Pläne derselben das Volk gewinnen sollte. Diese Schrift führt den Titel: Brief an einen Gutsbesitzer über die neuliche Ermäßigung der Grundsteuer auf ein Zwanzigstel <sup>50</sup>.

Sie beginnt mit einer theilweisen Analyse der Rede, die Walpole bei der Wiedereinführung der Salzsteuer gehalten hatte. Er war nämlich auf die Ungerechtigkeit der Grundsteuer eingegangen. Schon deßhalb müsse man diese verwerflich finden, weil mittelst ihrer die Bedürfnisse des ganzen Staates nur von einer einzigen Klasse der Bevölkerung aufgebracht würden. Freilich sei dieselbe noch überdies höchst ungleichmäßig auf die verschiedenen Grundstücke vertheilt. Zu einer Veränderung in der Anlage nun werde die Regierung niemals die Hand bieten; eine Erleichterung der Überbürdeten könne daher nur durch einen allgemeinen Nachlaß geschehen. Er schlage einen solchen vor; werde dieser abgelehnt, so sei damit für alle Zeit die Grundsteuer als unabänderliche Last auf den Boden gelegt. Der Schriftsteller findet diese Empfehlung so überzeugend, daß er nach Gründen sucht, wie ihr denn widerstrebt werden konnte. Einerseits, meint er, habe auch die gerechteste Steuer ihre Gegner in denjenigen Personen, die von einer ungerechten frei bleiben würden. So verhält es sich mit der Salzsteuer und der Grundsteuer. Jene ist gerecht und leicht, diese schwer und ungleichmäßig; die aber keine Grundsteuer bezahlen, wohl aber zu einer Salzsteuer beitragen müßten, erklären sich trotzdem gegen die letztere. Andererseits mißgönnt die parlamentarische Opposition der Regierung, daß diese eine zweckmäßige Maßregel durchführen, das Land erleichtern und damit die Liebe der Nation gewinnen soll. Einer guten Sache kann es aber nur nützen, wenn erhobene Einwen-

<sup>50</sup> (I) A letter to a freeholder on the late reduction of the land tax to one shilling in the pound. By a member of the House of Commons. London, Peele, 1732. 64 pp. Der ministerielle Verleger par excellence ist J. Peele, ebenso derjenige der Opposition Stanklin. Der Übersichtlichkeit wegen habe ich den besprochenen Streitschriften Nummern gegeben.



dungen ihre genauere Prüfung veranlassen. So hat man die großen Erhebungskosten der Salzsteuer als Grund gegen dieselbe angeführt. Man hat dieselben auf fast ein siebentel des Reinertrags angegeben. In Wahrheit wird die Salzsteuer mit 470,000 £ veranlagt; durch Nachlässe für die Ausfuhr, für die Sischerei, für Verluste u. s. w., endlich durch die Erhebungskosten reducirt sich allerdings die Reineinnahme des Staatsschatzes auf 186,000 £. Allein dazu ist noch zu rechnen, daß aus den Erträgen der Salzsteuer verschiedene, dem Sischfang gewährte Ausfuhrprämien im Betrag von 19,000 £ bezahlt werden. Betragen dann auch die Erhebungskosten 25,000 £, so machen sie doch jedenfalls nur 10<sup>0</sup>/<sub>10</sub> der Einnahme aus<sup>51</sup>. „Und welcher Privatmann kann sein Gut mit geringeren Kosten bewirthschaften!“ Allerdings wird die Grundsteuer billiger erhoben, aber sie kostet doch auch 18,000 £, also nur um ein Unbedeutendes weniger als die Salzsteuer. Die Salzsteuer hat dabei den Vorzug, daß sehr wenig Unterschleife vorkommen, denn es gibt dabei keine eigentliche Rückvergütung. Für dasjenige Salz, wofür nachträglich Steuerfreiheit beansprucht werden soll, zahlt man nicht zuerst die Abgabe, sondern läßt sich damit belasten und erlangt mit dem geführten Nachweis eines Befreiungsgrundes die Löschung der Schuld. Auch habe die Salzsteuer nicht die Nachtheile für die Düngung des Bodens, für die Schifffahrt, für die Ausfuhr von Lebensmitteln und den inländischen Verbrauch, wie gewöhnlich behauptet worden. Dagegen ist die Lage der Grundbesitzer eine sehr ungünstige, die eine Verbesserung dringend fordert. Sie bezahlen seit 40 Jahren regelmäßig die Grundsteuer und haben in dieser Zeit 65 Mill. zu den Ausgaben des Staates beigetragen. Sie zahlen ein Drittel aller Steuern, obgleich sie nicht ein Zwanzigstel der Bevölkerung ausmachen. Die Steuer trifft die Einzelnen noch immer in dem Verhältniß, wie sie unter Wilhelm III. zuerst angelegt wurde; damals aber haben sich die Grundeigenthümer

<sup>51</sup> 25,000 von 230.000 £.



selbst eingeschätzt, und zwar zu hoch oder zu niedrig, je nachdem sie dem neuen Herrscher geneigt waren oder nicht. Deshalb sollte die Grundsteuer nur für die äußersten Nothfälle eine Reserve sein; in friedlichen Zeiten aber sollte sie aufgehoben werden. Eine Abschaffung der Salzsteuer nützt den Grundeigenthümern nicht, wohl aber die Herabminderung der Grundsteuer; bei einem Reinertrag von 1000 Pfund macht die Erleichterung um ein Zwanzigstel 50 £ jährlich. Und jeder Unparteiische muß zugeben, daß sie eine Erleichterung verdienen. Man sagt zwar, alle Steuern sollten auf die Reichen und nicht auf die Armen gelegt werden, Alle sollten nach ihren Fähigkeiten Steuern zahlen. Allein es gibt keine ärmeren Leute als kleinere Grundbesitzer, deren Land bis zu 1000 Pfund Reinertrag liefert. Solche Leute haben keine Mittel ihr Vermögen zu vermehren, müssen zufrieden sein, wenn sie die Güter in ihrem Besiz erhalten können. Sie müssen sich anstrengen, ihre Ausgaben auf ihr Einkommen zu beschränken, höchstens können sie noch etwas für ihre jüngeren Kinder herausziehen. Sie haben ihr Vermögen im Grund und Boden festgelegt, es ist dazu häufig Sideicommis oder aber mit Schulden belastet. Sie sind nicht im Stand, indem sie ihr Vermögen in wechselnde Formen bringen, es zu verdoppeln oder zu verdreifachen; sie ziehen daraus höchstens den gewöhnlichen Zinsfuß. Sie sind häufig die Häupter und Erben alter Familien, müssen im Verhältniß der Größe ihrer Güter Aufwand machen. Sie unterhalten Schlösser und Parkanlagen, haben Freunde und Nachbarn und zehren so fortwährend an ihrem dürftigen Einkommen. Sie nehmen Ehrenstellen ein, mit denen Aufwand verbunden ist, als Obersheriffe, Friedensrichter, Steuercommissäre. Bis sie dann ihre Kinder etablirt und verheirathet haben, sind ihre Angelegenheiten so sehr verwirrt, daß sie ihren Erstgeborenen Nichts als eine unhaltbare, überschuldete Masse zurücklassen. Der Pfandgläubiger dagegen, der Kapitalist, bezahlt Nichts. Und doch, wenn er einmal eine falsche Spekulation macht, so kann er sie durch späteren Gewinn wieder ausgleichen; was



aber von Grundbesitzern im Südseejahr verloren worden ist, das haftet noch heute als Hypothek auf ihren Grundstücken. Jenes unglückselige Jahr hat überdies alle Lebensgewohnheiten großartiger und verschwenderischer gestaltet, und so wird es durch die großen Ausgaben vollends unmöglich gemacht, in seinen Vermögensverhältnissen vorwärts zu kommen. Der Grundsteuer unterliegen aber auch 9000 Pfarrer in gedrückten Verhältnissen. Sie kommen von den Universitäten, an flottes Leben gewöhnt, ihre Bedürfnisse sind groß, sie sollen ihre Familien erhalten; eine Steuererleichterung wird ihnen in hohem Maße dienlich sein. Angesichts des Schadens, den die Grundsteuer hervorbringt, muß man nicht ihre geringen Erhebungskosten betonen. Eine ungerechte Steuer läßt sich nicht damit empfehlen, daß sie billig eingetrieben wird. Gegen die Grundsteuer läßt sich auch die große Autorität des holländischen Patrioten Jan de Wit anführen, der nur in den äußersten Nothfällen eine Grundsteuer oder gar eine allgemeine Vermögenssteuer für angemessen hält<sup>52</sup>. Die englische Grundsteuer lastet aber sehr ungleich auf den verschiedenen Landestheilen. Die nördlichen und westlichen Grafschaften sind sehr mäßig eingeschätzt, und in den Städten bezahlt bloß eine sehr geringe Zahl der Bodeneigenthümer einen Antheil, während die zahlreicheren Bürger, die ein Haus haben, ohne daß ihnen der Boden desselben gehört, sehr gleichgültig bei der Abgabe sind. In London beispielsweise waren 1731 80,000 Häuserbesitzer, aber darunter nicht einmal 10,000 Grundeigenthümer. Serner stehen in London durchschnittlich 6000 Häuser leer, auch von ihrem Boden aber muß Grundsteuer gezahlt

---

<sup>52</sup> Der Verfasser citirt das Werk als *The true interest and political maxims of the Republic of Holland and West Friesland published by the authority of the states*, höchst wahrscheinlich also nach einer englischen Uebersetzung der *Aanwijzing der heilsame politieke gronden en maximen* (Laspenres a. a. O. 306), nicht nach den verbreiteten *Mémoires de Jean de Wit* (1709). Er rühmt das Werk as one of the best books that ever was written upon government. In den *Mémoires de Jean de Wit* finden sich die angeführten Stellen pp. 64—66.



werden. Bei der Salzsteuer zahlt man, wenn man Salz ißt; Grundsteuer wird gezahlt, ob man von seinem Grund und Boden etwas zieht oder nicht. Und dabei spricht man von der Auflage der Steuer auf die Reichen. Mit Recht hat Walpole bemerkt, unter „arm“ verstehe man dabei den Kapitalisten, der für 100,000 Pfund Staatspapiere habe und nicht zahlen wolle, unter „reich“ den Landwirth mit 500 Pfund Einkommen. Die Opposition hat aber noch etwas der Regierung in den Weg zu legen gesucht. Bei Gelegenheit der Union wurde bestimmt, daß Schottland nicht die volle damalige Salzsteuer von 40 Pence per Bushel, sondern nur 12 Pence bezahlen solle. Nun sei die damalige Salzsteuer aufgehoben; werde eine neue beschlossen, so sei zu befürchten, daß dieselbe auch auf die Schotten ausgedehnt werde. In der That aber kann die Regierung einer solchen Sophistik, daß durch die Beseitigung und Wiedereinführung der Steuer der alte Vertrag unverbindlich geworden sei, unmöglich sich schuldig machen. Die Opposition will unter keinen Umständen das Land erleichtern. Ja, es ist behauptet worden, die Grundsteuer würde als einzige Steuer, selbst wenn sie fünfzig Procent des Bodenreinertrags beanspruche, eine gerechte Steuer sein! Auch sagt man, es sei thöricht, eine Steuer mit Gewalt aufheben zu wollen, gegen deren Beseitigung Opposition gemacht werde. Allein die Opposition geht von Leuten aus, denen die Steuer nicht wie gewöhnlichen Menschen fühlbar ist. An der Spitze steht ein Mann, der 9000 Pfund Einkommen aus Grundeigenthum zieht<sup>53</sup>. Eine andere merkwürdige Behauptung geht dahin, je empfindlicher eine Steuer sei, um so besser. Also das Volk soll sich gedrückt fühlen, damit Parlamentsmitglieder Opposition machen können. Man führt endlich an, die Salzsteuer sei die Vorbereitung auf eine allgemeine Accise. Nun ist aber offenbar die größte Last des englischen Handels der Einfuhrzoll. Aller inländische Verbrauch sollte be-

<sup>53</sup> Geht wahrscheinlich auf den Führer der Opposition im Unterhaus, den sehr reichen Sir William Pulteney; Mahon a. a. O. II, S. 87.



steuert sein, aber diejenigen Producte der Colonieen, die fremden Ländern zugeführt werden sollen, müßten abgabefrei bleiben. Dazu besteht die Einrichtung, daß vom Einfuhrzoll bei sofortiger Zahlung zehn Prozent abgezogen werden dürfen; im Falle der Wiederausfuhr aber ist vielfach der volle Zoll zurückzuerstatten. Auch müssen die Producenten den Kaufleuten für die Besorgungen im Zollhaus Commission bezahlen. Weiter die zahllosen Unterschleife. Würde die Erhebung geändert, so träte eine Erleichterung des Volkes ein. Wer kann sich daher beklagen, wenn man die lästigsten Zölle in Accisen auf den inländischen Verbrauch umwandelte? Unsere Freiheiten können dadurch nicht gefährdet werden. Sie können dabei so sicher sein wie in der Republik Holland unter der nämlichen Einrichtung. Niemand wird durch diese Änderung benachtheiligt als jene kleinen gelöhnten Vermittler, die gerne den Rabatt von zehn Procent und ihre Commission verdienen möchten. Aber das kann bei dem englischen Volke gegen seinen eigenen Vortheil so wenig Gewicht haben, daß es vielmehr, wenn Personen aus schmutzigen Beweggründen dem allgemeinen Besten widerstreben, das Geschrei derselben verachtet und sie selbst zurückstößt. —

In den Ausführungen des „Briefes an einen Gutsbesitzer“ hat Vieles für die Nachwelt ein hohes Interesse. Die Schrift bietet aber zugleich offenbar einem Gegner so viele Blößen, daß sie die Erwiderung geradezu hervorrief. Mit ihrem Hauptinhalt setzte sich alsbald eine eigene, aus den Reihen der Opposition hervorgehende Broschüre energisch auseinander<sup>53a</sup>. Eine noch viel bedeutendere Bewegung aber knüpfte sich an die Schlusspartie. Denn hier war das Projekt der Regierung, das Accisesystem weiter auszubilden, deutlich eingestanden. Alsbald entbrannte darüber lebhafter Kampf in den Zeitungen. Die Regierung verfügte über den „Freien Britten“ des Herrn Walsingham, „das Londoner Journal“ des Herrn Osborne und über das „Tagblatt“<sup>54</sup>. Unter den Blättern der Opposition

<sup>53a</sup> The case of the revival of the salt duty. — <sup>54</sup> Daily Courant.



ragte „Sog's Journal“ und namentlich der „Handwerker“<sup>55</sup> hervor, für welchen keine Geringeren als William Pulteney und Henry Bolingbroke schrieben. In der letzteren Zeitung erschien nun über die Accisefrage eine Reihe zusammenhängender Artikel, „Versuche“ genannt, die das Vollständigste blieben, was im oppositionellen Sinne über den Gegenstand vorgebracht wurde. Ihr Verfasser, der Jurist Caleb d'Anvers<sup>56</sup>, ließ sie in einer stattlichen Broschüre, die reißenden Absatz fand, unter dem Titel „Beweisführung gegen die Accise“ besonders abdrucken<sup>57</sup>. Der Inhalt dieser Arbeit ist der folgende:

„Vor etwa 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren nahmen wir Notiz von einem Gerücht, daß „ein gewisser Herr“ den Plan zu einer allgemeinen Accise an Stelle der Grundsteuer entworfen habe, und gaben bei dieser Gelegenheit einige Auszüge aus den Schriften Hampden's über den Gegenstand. Die Befürchtung wurde von Herrn Walsingham als lächerlich behandelt, als bloßes Agitationsmittel, da ja die Mittel für das betreffende Jahr schon bereit gestellt seien. Das verdiente damals keine Antwort, denn wir hatten nicht gesagt, daß es sich um dasselbe Jahr handle; allein schon in der folgenden Session wurde ein Anfang mit der Ausführung gemacht durch Festsetzung der Salzaccise unter Reduktion der Grundsteuer auf 1 sh. Bei der Debatte bemerkte „ein gewisser Herr“<sup>58</sup>, man könne auch diesen letzten Schilling durch „einige Änderungen in der Erhebungsweise der Abgaben beseitigen. Man verstand darunter allgemeine „Ersetzung von andern Steuern durch Accisen“ und das wurde bestätigt durch eine Broschüre „Brief an einen Grundeigenthümer über die Herabsetzung der

---

<sup>55</sup> Craftsman. — <sup>56</sup> Der Name d'Anvers kommt in der englischen Geschichte des 17. Jahrhunderts wiederholt vor. Über Henry d'Anvers fällt Macaulay (Hist. of Engl. I, 586) das vernichtende Urtheil, daß „unter Demagogen die gemeinsten Charakterzüge anzutreffen seien“. — <sup>57</sup> (II) An argument against excises, in several essays, lately published in the Craftsman, and now collected together. By Caleb d'Anvers, of Gray's Inn, Esq. 1733. — Ein Advertisement des Verlegers: The argument against excises being out of print, it is now in the press etc. — <sup>58</sup> Walpole.



Grundsteuer". Diese Broschüre ist von Seiten des Ministeriums im Lande verbreitet worden und enthält daher wohl seine Ansichten. Die Erwiderung, die darauf erschien (*The case of the revival of the Salt Duty fully stated and considered*), beschränkte sich auf wenige gelegentliche Bemerkungen über den Acciseplan; aber selbst das schon erregte den weisen Hr. Osborne, der mit gewohnter Seierlichkeit uns sagte, daß eine Accise das vernünftigste Ding der Welt ist. Er schließt allerdings die nothwendigen Bedürfnisse des Lebens, des Handels und der Manufakturen aus und will auch die geringste Beamtenzahl bei der Erhebung; unter dieser Voraussetzung aber sieht er darin einen nationalen Segen. Darum handelt es sich aber nicht; so wenig die Salzsteuer nothwendige Lebensbedürfnisse verschont, ist es mit den andern in Aussicht genommenen Accisen der Fall.

Erster Versuch: über das Wesen der Accisen vom Standpunkt des Handelsinteresses. Daß der Unterthan Steuern zahlt, liegt in der Nothwendigkeit, die Ausgaben des Staates zu decken, begründet. Allein es muß die Aufbringung geschehen, ohne die Freiheit der Unterthanen und die Verfassung des Landes zu gefährden; denn eben für die Erhaltung dieser hohen Güter bringt man dem Staat sein Geldopfer. Die Steuer ist an sich oft nicht so lästig als ihre Ungerechtigkeit oder aber die Art ihrer Erhebung. Wenn nur ein Theil der Unterthanen durch eine Steuer belästigt wird, so gibt das zu Unzufriedenheit und Parteiung Anlaß, die der Anhänglichkeit an den Staat verhängnißvoll werden. Nun ist der Handelsstand in Großbritannien nicht bloß zahlreich und mächtig, sondern auch vom größten Nutzen für das Land. Ihm ist die gegenwärtige Größe, Stärke und Wohlhabenheit des Reiches zu danken. Deshalb hat die Vorzeit ihn überall begünstigt, und wenn eine Steuer ihm aufzuerlegen war, hat man immer Sorge getragen, Person und Besitz der Handelstreibenden gegen die Willkür der Erhebungsbeamten sicher zu stellen. Allerdings liegt in den bestehenden Einfuhrzöllen eine Bürde für den Handel; aber wenn es nicht geschieht, daß durch Sparsamkeit und Mäßigkeit der Bedarf des Staates vermin-



dert wird, so muß man als Erhebungsform diejenige wählen, die der Natur des Handels am angemessensten und der Verfassung am ungefährlichsten ist. Über den Unterschied zwischen Accisen und andern Steuern besteht im großen Publikum wenig Klarheit; so übersieht auch der Verfasser des „Briefes an den Gutsbesitzer“ ganz die Existenz besonderer Accisegesetze. Während nämlich in allen Streitigkeiten zwischen Staat und Unterthan über Zölle die gewöhnliche Rechtspflege angewendet wird, stehen die Accisefragen unter der Entscheidung von besondern Accisecommissären. Einer der wichtigsten Theile der englischen Verfassung ist das Geschwornengericht und es entscheidet in allen Processen; nur derjenige Unterthan, der mit accisepflichtigen Waaren Handel treibt, wird von Beamten summarisch und willkürlich abgeurtheilt, und er hat nur an besondere, abhängige, im Besitz von Sinecuren befindliche, bei der Sache interessirte Commissäre den Appell. Bei Eingangszöllen hat ferner der Handeltreibende, sobald seine Waare das Zollamt passirt hat, die freie Verfügung darüber; nach dem Acciserecht kann sein Haus jeder Zeit nach Willkür des geringsten Beamten durchsucht werden, nach Zahlung der Abgaben selbst sind die Waaren noch unter Verschuß und Aufsicht, und es bedarf zu jedem Transport derselben eines Erlaubnißscheins. Der Gewerbefleiß beruht auf der Freiheit; Sklaven werden im Handel niemals Erfolg haben. Die Freiheit veranlaßt Fremde zur Niederlassung, mehr als Anmuth der Lage oder Gesundheit des Klima's. Selbst in den despotischen Staaten wird jetzt der Handel begünstigt, und England muß sich hüten, daß es ihn nicht durch Aufheben seiner freiheitlichen Gewohnheiten verjagt. Der Handel hat in den letzten Jahren ohnehin genug gelitten, es wäre an der Zeit, ihn zu ermuthigen, damit die Gelder nicht daraus zurückgezogen und zu andern Anlagen verwendet werden. Je größer das Kapital und je größer die Zahl der Beschäftigten im Handel ist, desto ausgedehnter und heilsamer ist derselbe. So allein kann das Nationalkapital, die Grundlage der nationalen Größe und Stärke, vermehrt werden.



Zweiter Versuch: Verhältniß der Accise zur nationalen Freiheit.

Wäre durch die Accise nur die Freiheit des Handelsstandes aufgehoben, so würde das schon sehr empfindlich sein; denn der Handelsstand ist ein wichtiger Bestandtheil des Volkes, viel bedeutender als die Soldaten, deren Stellung unter das Martialgesetz man so ungerne sieht und deshalb immer nur auf ein einzelnes Jahr bewilligt. Allein man muß hinzufügen, daß die Accise unmittelbar die Freiheit aller Klassen beeinträchtigt. Denn Armuth und Knechtschaft hängen zusammen, und nur eine blühende Nation kann eine freie sein. Daher muß ein freies Volk möglichst wenig Steuern haben und solche, die auf die verfassungsmäßigste Art erhoben werden. Wenn wir im Alterthum arme Freistaaten finden, so beruhte die Armuth auf der Absicht der Regierung und bezog sich als frei gewollte auf alle Mitglieder des Volkes. So verhält es sich in der neueren Zeit nicht mehr, und darum besteht ein solcher Gegensatz zwischen Freiheit und gedrückter wirthschaftlicher Lage eines Volkes. Der Reichtum der Nation aber hängt vom Handel ab, der wiederum bedingt ist durch die Erzeugnisse des Landes; wenn der Preis der Waaren durch Steuern so gesteigert ist, daß andere Nationen billiger verkaufen können, dann entsteht in allen Volksklassen empfindlicher Nothstand, und damit wird die Freiheit in Frage gestellt. Dazu vermehrt die Einführung der Accise in bedenklicher Weise die Macht der Krone. Diese verfügt schon, seitdem ein stehendes Heer vorhanden ist, und die Finanzen in Folge des Wachstums der Staatsschuld so große Lasten auferlegen, über zahlreiche, abhängige Beamten; wenn nun noch neue Accisebeamten dazu kommen, so wird die Gefahr für die Volksfreiheit immer größer. Der Verfasser des „Briefes“ hat bei der Einführung der Salzsteuer bemerkt, daß 600 neue Beamte für den Salzhandel die Verfassung nicht bedrohen können; wenn nun aber immer neue Accisen kommen, und die Beamtenzahl so immer größer wird, dann sind die Bedenken doch erheblicher. Man kann zweierlei dagegen bemerken. Einmal wird gesagt,



die Finanzbeamten dürften sich in die Wahlen nach dem Gesetz nicht einmischen, aber sie sind wenigstens nicht des Stimmrechtes entkleidet; abgesehen davon kann auch eine Einwirkung auf Andere durch kein Gesetz verhütet werden. Ja, wenn sie selbst sich ganz passiv verhielten, würde die bloße Furcht vor den Accisebeamten viele kleine Leute (Wirths und Kleinhändler) in ihren Abstimmungen beeinflussen. Ein anderer Einwurf ist, daß auch die Zollbeamten Einfluß üben. Allein sie sind strenger an das Gesetz gebunden und sie haben nur für einige Küstenstriche Bedeutung, die Accisebeamten für alle Landestheile.

#### Dritter Versuch: Entstehung der Accisen.

Der Verfasser führt eine Stelle aus D'avenant an, die mit der Bemerkung schließt, daß nicht die absolute Gewalt die hohen Steuern eingeführt hat, sondern daß durch die hohen Steuern die Willkür der obersten Gewalt bewirkt worden ist, denn das Volk beugt sich, wo es Jemanden im Besitz großer Einkünfte sieht. Der erste Versuch, fährt der Autor fort, zur Einführung wurde inconstitutioneller Weise 1626 durch Karl I. gemacht, aber vom Parlament vereitelt. Der folgende Versuch hatte mehr Erfolg. Er geschah zur Zeit des Bürgerkrieges; allein obgleich das Parlament, welches die Accise einführte, die Unhänglichkeit des Volkes besaß, mit der dringendsten Nothwendigkeit sich entschuldigte und nur je für einen Monat die Steuer ausschrieb, fanden doch Unruhen deßhalb in London Statt. Ein zeitgenössischer Schriftsteller, Howel, spricht 1644 seine Verwunderung aus, daß überhaupt eine Accise in England habe Platz greifen können, nachdem noch kürzlich ein Staatssekretär beinahe eingesperrt worden wäre, weil er nur die Accise, die in Holland bestand, im Unterhaus erwähnt hatte. Unter der Restauration wurde die Accise wieder aufgenommen bei Gelegenheit der Beseitigung der Lehensgefälle von den Grundeigenthümern. Dieselben brachten dem König nur etwa 100,000 Pfund, da ein großer Theil der Berechtigungen Günstlingen des Hofes zufiel. Das Parlament beschloß, dem König eine Entschädigung durch eine Grundsteuer zu geben. Der König aber erhielt den Rath,



auf einer Accise als Äquivalent zu bestehen, und er setzte seinen Willen durch. Seitdem ist die Accise vorhanden, indem eine Hälfte gleich dauernd eingeführt, die andere Hälfte jeder Regierung auf's Neue bewilligt wurde. Unter Wilhelm III. wurde dann wiederholt eine Ausdehnung der Accise vorgeschlagen, aber von solchen Männern wie Lord Sommers, Locke und Hampden bekämpft.

Vierter Versuch: Der Name Accise ist so verhaßt, daß die Fürsprecher derselben ihn zu vermeiden suchen und doch inconsequenter Weise sagen, man lasse sich von einem bloßen Vorurtheil gegen einen Ausdruck bestimmen. Es ist deshalb nothwendig, das Wesen der Accise zu erklären: dasselbe besteht darin, daß gewisse Steuern auf den Verbrauch des Volkes von besondern Beamten und unter Anwendung der besondern Accisegesetze erhoben werden. Walpole hat bei der Veränderung, die er mit den Steuern auf Kaffee, Thee und Chokolade 1724 vornahm, den Ausdruck Accise vermieden; aber es sind damals alle diejenigen Gesetze als anwendbar erklärt worden, unter deren Herrschaft die accisepflichtigen Waaren sich befinden. Man sagt nun, wenigstens sei England noch weit von einer allgemeinen Accise entfernt, auch sei eine solche nicht beabsichtigt. Eine allgemeine Accise ist nun aber in der That immer vorhanden, wenn die meisten Waaren in dieser bestimmten Form besteuert werden. Die Regierungspartei stützt sich darauf, daß es noch keine Alles umfassende Accise gibt; sie wird so lange das Vorhandensein einer allgemeinen Accise leugnen, als noch irgend eine Waare unbesteuert ist. In diesem Sinne aber ist eine allgemeine Accise so wenig denkbar, als sie jemals seit Erschaffung der Welt irgendwo bestanden hat. Man kann heute schon in England keine drei oder vier ganz gewöhnliche Lebensmittel nennen, die nicht eine Steuer trügen. Man pflegt sich zwar auf das steuerfreie Brod und Fleisch zu berufen, allein abgesehen von der Grundsteuer, welche gewiß auf den Brod- und Fleischpreis wirkt, so ist die Salzsteuer ja wieder eingeführt und vertheuert nicht bloß Brod, sondern auch das ge-



rade den ärmeren Klassen fast ausschließlich zugängliche gepökelte Fleisch. Der Accise insbesondere unterliegen schon alle Biere, Obstweine, Kunstweine, Malz, Branntwein und alle gebrannten Wasser, Leder, Seife, Kerzen, Sopfen, Papier, Pappe, Pappdeckel, Seide, Calico's, Stärke, Säute, Draht, Tafelgeschirr, Kaffee, Thee, Chocolate, Salz. Man ist also auf dem besten Weg zur allgemeinen Accise, und wenn man auch nicht im nächsten Jahr alle noch fehlenden Gegenstände heranziehen wird, so kommt man doch schrittweise immer weiter. Es lebt eben eine unbeswingliche Begierde nach Macht in gewissen Menschen, und diese sind nicht zufrieden, ehe sie die ganze Nation unter das Joch der Accise gebeugt haben. Ihnen erscheint der ordentliche Proceß, das Geschwornengericht, zu wenig abhängig von der Krone, und sie setzen daher Behörden ein, die zugleich Kläger und Richter sind. Man sagt nun, die Accisebeamten hätten wenigstens nicht das Recht, Privathäuser zu untersuchen. Allein der Handelsstand ist in England so wichtig, daß seine Belästigung schon sehr wesentlich in Betracht kommt. Außerdem ist es sehr leicht möglich, daß der Accisebeamte auch in Privathäuser tritt. Wenn Jemand z. B. auszieht und Branntwein mitführt, so muß er einen Erlaubnißschein in seinem Haus von Beamten sich ausstellen lassen; wenn Jemand einen größeren Vorrath (63 Gallonen) Branntwein für den Consum seiner Leute im Hause hat, wird er ganz behandelt wie ein Branntweinhändler. Ebenso darf in keinem Privathaus ohne Anzeige, Genehmigung, Eid und Beglaubigung Chocolate für den eignen Gebrauch gemacht werden; auch darf Niemand weniger als fünfzig Cacaonüsse gleichzeitig zu Chocolate verarbeiten. Wo die Accise schon zu einer solchen Ausdehnung gekommen ist, scheint es an der Zeit, dem weiteren Fortschreiten Einhalt zu thun. Der nächste Versuch wird der entscheidende sein. Deshalb muß der Handel alle Parteiunterschiede vergessen und einmüthig dem Projekte des Ministers mit allen zweckmäßigen und gesetzlichen Mitteln sich entgegenstellen.

Sünster Versuch: Die Einfuhrzölle sind in der That in



hohem Maße dem Handel nachtheilig, namentlich diejenigen, die auf die Erzeugnisse unsrer Colonieen gelegt werden. Allein es ist die Noth des Staates, die dazu greifen läßt, und da einmal Abgaben zu leisten sind, so dürfen sie wenigstens nicht durch die Erhebungsweise noch drückender gemacht werden. Nun behauptet aber jener „Brief an einen Gutbesitzer“ ganz besondere Nachtheile der Einfuhrzölle. Namentlich legt er Gewicht darauf, daß die Zölle unbezahlt blieben, daß außerordentlich viel geschmuggelt werde. Das aber liegt an der Höhe der Zölle und der Bestechlichkeit der Zollbeamten, nicht an der Milde der Zollgesetze. Denn sowohl die Strafen für den Schmuggel sind stark, wie auch die Befugnisse der Beamten. Auf einen schriftlichen Befehl können sie Häuser, Läden, Kisten öffnen, um geschmuggelte Waare zu suchen; in den Schiffen dürfen sie Alles mustern. Ubrigens hindern auch die Accisebeamten den Schmuggel nicht; sie bewachen ja keine Küsten. Ihr Geschäft beschränkt sich auf das Innere des Landes; da quälen sie den redlichen Handelsmann, beunruhigen ihn in seinem Besitz und in der friedlichen Übung seines Berufs. Und warum sollten die Accisebeamten ehrlicher sein als die Zollbeamten? In der Accise hat sogar die Schurkerei einen größeren Spielraum, und diese Beamten werden daher ebenso gut ihre Stellen rentabel zu machen verstehen. Ganz falsch ist es auch, daß das Volk durch die Umwandlung eine Steuererleichterung gewinnen werde. Die Accisen werden vielmehr eine neue Last über das Volk bringen, die ebenso empfindlich ist wie eine Steuer. Der Kaufmann wird neue Kosten haben, in seinem Geschäfte gestört sein, Mühe und Sorge leiden; dafür muß er sich von seinem Kunden schadlos halten lassen, und daher werden die Preise aller accisepflichtigen Artikel steigen. Der Staat aber wird von der Veränderung keinen Vortheil haben, sondern Schaden, denn es handelt sich um Luxusgegenstände, deren Consum durch die Vertheuerung abnimmt. Wenn endlich der Verfasser des „Briefes“ nöthig findet, in verächtlichem Ton von den Handelsleuten zu sprechen, die für fremde Rechnung Geschäfte besorgen, so trifft seine Be-



leidigung thatsächlich den ganzen englischen Handelsstand. Er spricht von „gelöhten Agenten“. Wie würde es ihm gefallen, wenn ich von ihm als einem „gelöhten“ Schreiber und von seinem Patron als einem „gelöhten“ Minister sprechen wollte, und doch wird er ohne Zweifel für seine Publikationen, und der Minister wird für seine Amtsführung bezahlt. Die Kaufleute haben die Einfuhrzölle auf Colonialwaaren nicht gewünscht; sie würden sich mit einer Herabsetzung derselben freuen. Eine Herabsetzung der Einfuhrzölle würde die Einfuhr fremder Waaren, aber auch die Ausfuhr der inländischen Rohprodukte und Manufacte steigern. Die ganze jetzt hervortretende Sorge für die Colonieen ist im Munde der Regierung ebenso ein bloßer Vorwand wie vorher die angebliche Sympathie für die Grundbesitzer. Und das werden die Colonieen auch selber einsehen und werden keinem Projekte anhangen, das ihnen einen angeblichen Nutzen, ihren Mitbürgern aber Verlust und Kränkung bereitet. Wäre aber auch ein wirklicher Gegensatz vorhanden zwischen dem Interesse Großbritanniens und demjenigen einer einzelnen seiner Colonieen, so würde es besser sein, daß eine solche Colonie auf den Meeresgrund versenkt würde, als daß sie ein Süßsmittel zur Knechtung des Mutterlandes wird.

Sechster Versuch: Wenn in dem „Brief an einen Gutbesitzer“ das Beispiel Hollands angerufen wird, so ist Holland allerdings im Vergleich mit den Continentalstaaten ein freies Land, kann sich aber mit England in seiner Verfassung nicht messen. Darauf weist schon Sir Will. Temple hin, der sich wundert, was die Holländer von ihren republikanischen Magistraten Alles extragen. Derselbe Schriftsteller macht aber auch aufmerksam, daß die Beamten durch ihr persönliches Auftreten Sympathieen erwerben, indem sie keine hohen Besoldungen annehmen, in ihrer Lebensweise bescheiden sind, mit ihrer Person für die Interessen des Landes einstehen und auch zu den öffentlichen Lasten ihren vollen Antheil beitragen. Wäre Ähnliches bei den Vornehmen in England der Fall, so würde das Volk auch manche holländische Einrichtung leichter annehmen. Die holländische



Aufwandssteuer wird übrigens auch theilweise direkt nach einer Schätzung von den Bürgern erhoben, statt durch Aufschlag auf die verzehrten Waaren. Daß ferner in Holland die Grundsteuer keine Rolle spielen kann, erklärt sich, weil das Land nicht  $\frac{1}{8}$  seines Nahrungsbedarfs selber hervorbringt. Sein Einkommen beruht auf Handel, Frachtverkehr und Fischelei, und diesen muß deshalb auch der Staat seine Steuer auflegen. Glücklicher Weise zeigt England gegenwärtig in der Frage der Accise nicht eine Parteiung nach Interessekreisen. Die Grundeigenthümer, wenn sie auch vielleicht früher sich haben täuschen lassen, wollen Nichts von dem Acciseprojekt wissen, wenn es auch noch so sehr mit dem scheinbaren Vorgeben vergoldet ist, sie von der Grundsteuer zu befreien: sie merken den Haken in dem Köder. Um sie auf dem rechten Wege festzuhalten, möge der von Locke geführte Nachweis mitgetheilt sein, daß die Verbrauchsabgaben schließlich doch den Werth des Bodens herabdrücken<sup>59</sup>. Überdies aber müssen die Landwirthe sich einprägen, daß die Grundsteuer jedes Jahr bewilligt wird, die Accise dauernd. Da nun die größten Grundbesitzer Mitglieder des Parlamentes sind, so werden sie schon bei der ersten Möglichkeit die Grundsteuer beseitigen. Ist die Accise aber eingeführt, und bleibt im Frieden dadurch die Grundsteuer entbehrlich, so wird bei jeder Mehrausgabe doch unzweifelhaft wieder auf die letztere gegriffen werden. Ist die Accise einmal eingeführt, so bedarf es der schwerlich zu erlangenden Zustimmung der Krone, um sie wieder abzuschaffen; daher ist es der einzige Weg, um die Krone in ihren richtigen Schranken zu halten, daß man alle Übergriffe bei ihrem Entstehen verhindert. Und da man nicht sagen kann, wieviel eine allgemeine Accise einbringt, so tritt die Gefahr ein, daß das regelmäßige Einkommen für die gewöhnlichen Staatsaus-

<sup>59</sup> Die angeführten Stellen finden sich bei Locke, of the lowering of interest and raising the value of money (Works, Ausg. 1722) vol. II, S. 27 — 30. Vgl. Roscher, Zur Geschichte der englischen Volkswirtschaftslehre S. 105.



gaben hinreicht, und wozu bedarf es dann, außer unter besondern Verhältnissen, der Berufung eines Parlamentes?" —

Die „Beweisführung gegen die Accise“ war durch die umfassende und gründliche Behandlung der Frage geeignet, auf die öffentliche Meinung den bedeutendsten Eindruck hervorzu- bringen. Deshalb machte die Regierungspartei die größten An- strengungen, die Schrift zu widerlegen. Das hauptsächlichste Or- gan für diese Bekämpfung wurde das „Tagblatt“. Verschiedene Schriftsteller, die sich mit fingirtem Namen bald als „Wohl- meiner“, als „Carus“, als „Engländer“ bezeichneten, erwiderten hier auf die Angriffe des „Handwerkers“ durch noch viel hef- tigere Invectiven gegen die Opposition. Namentlich aber ver- folgte ein Mitarbeiter, der sich nicht besonders bezeichnete, die Methode, sofort nach ihrem Erscheinen die einzelnen „Versuche“ Caleb d'Anvers' zu kritisiren. Offenbar war es ein Rechtsge- lehrter, der sich dieser Aufgabe widmete, denn er sucht seinem Gegner vorzüglich Unkenntniß des geltenden Rechts nachzuwei- sen. Es war für das Regierungsprojekt besonders gefahr- drohend, daß man die Accisegesetze als Anomalie in der son- stigen Rechtsordnung, als einen Widerspruch gegen alle übrigen öffentlichen Einrichtungen hingestellt hatte. Mit gelehrter Kennt- niß der Gesetze will deshalb der Anwalt des Ministeriums be- weisen, daß überhaupt Ansprüche des Fiscus in exceptionell summarischer Weise geltend gemacht werden, und daß manche Prozeßformen die Zuziehung der Geschwornen ausschließen. Da- rauf trat nun für den „Handwerker“ ein ungenannter Schrift- steller auf, dessen Broschüre mit Beziehung auf den Wahlkreis <sup>60</sup> der Familie Walpole „das Norfolk Projekt“ <sup>61</sup> hieß.

Hier wird die Ausdehnung der Accise mit großer Leiden- schaft bekämpft. „Wer hätte denken können, daß ein solcher

<sup>60</sup> Sir Robert Walpole war in Lynn-Regis, Horatio und Townshend in Great-Yarmouth gewählt; Parl. hist. VIII, 616. Über Townshend vgl. Lord Mahon a. a. O. II, 163. — <sup>61</sup> (III) The Norfolk Scheme: or a letter to William Pulteney Esq., on the present posture of affairs, 1733, 48 pp.



Vorschlag in England würde gewagt werden? Eine geringere Beleidigung des Volkes hat den de Wit's ihr Leben gekostet, obgleich die Generalstaaten immer eine bedeutende stehende Armee haben, und man die Engländer nicht für knechtischer halten darf, als die Bürger der Niederlande." Auf dem juristischen Gebiete ist der Verfasser dem Gegner, den er widerlegen will, offenbar nicht gewachsen. Aber er steht im praktischen Leben und weiß Beispiele zu erzählen, wie ungerecht die Accisecommissäre bei der Entscheidung von Steuerprocessen verfahren, und wie prekär die Lage eines Händlers mit accisepflichtigen Waaren ist. Wo es sich um gelehrtes Wissen von der Entwicklung des Steuerwesens handelt, da begnügt er sich, der „Beweisführung“ Thatfachen und Gedankengang abzuborgen.

So war es kein sehr starker Bundesgenosse, den Caleb d'Anvers gefunden hatte, und dieser war genöthigt, selber nochmals zur Seder zu greifen. Er gab seiner „Beweisführung“ einen zweiten Theil<sup>62</sup>. Darin widerlegte er eingehend die rechtlichen Bemerkungen des „Tagblatt“. Er wiederholte seine Behauptung, daß die Krone außer in Accisesachen keine Exekution in das Vermögen der Unterthanen vornehmen könne, wenn sie sich nicht auf das Urtheil einer Geschwornenbank stütze. Ein Prozeß ohne Geschworne komme allerdings vor, aber nur gegen Vagabunden, Strauchdiebe und ähnliches Ge-  
lichter, und selbst hier sei eine Appellation sowohl an die Quartalsitzungen der Friedensrichter zulässig, wie an die hohen königlichen Gerichte. Der Gegner habe ihn noch in einen Widerspruch zu verwickeln gesucht. Derselbe habe gemeint, wenn die neu einzuführende Accise auf den Verzehr fallt, brauchen die Händler sich nicht dagegen zu wehren. Als wenn es dem Kaufmann gleichgültig wäre, durch den hohen Preis der Waaren seinen Absatz sich vermindern zu sehen. Wenn das Accisesystem sich ausdehne, so werde die Einfuhr abnehmen

<sup>62</sup> (IV) The second part of an argument against excises; in answer to the objections of several writers. By Caleb d'Anvers of Gray's-Inn, Esq., 1733, 59 u. 12 pp.



und im Zusammenhang damit auch die Ausfuhr<sup>63</sup>. Dann aber werde nicht bloß das öffentliche Einkommen leiden, sondern auch Handel, Fabrikation und Schifffahrt. —

Aber nicht bloß in ihren gewöhnlichen Preßorganen, auch durch zahlreiche besondere Slugschriften suchte die Regierung die Angriffe auf den Acciseplan zu entkräften. Wenn auch der Minister Walpole die Literatur und die öffentliche Meinung gleichmäßig verachtete<sup>64</sup>, — darauf war er dennoch stets bedacht, durch bezahlte Sediten seine Maßnahmen und die Richtung seiner Politik vertheidigen und der Nation anpreisen zu lassen. Die Schriftsteller, die er in seinem Dienste hatte, waren nicht alle durch gleiche Geschicklichkeit ausgezeichnet, doch befanden sich auch recht talentvolle darunter<sup>65</sup>. Allerdings ist von dem maßlosen Hochmuth des Meisters eine bemerkbare Spur in die Darstellungsweise seiner Werkzeuge übergegangen und beeinträchtigt die Wirkung ihrer Argumente. D'Unvers hatte im zweiten Theile seiner „Beweisführung“ eine Broschüre zu erwähnen, die sich gegen seine früheren Veröffentlichungen richtete; er gönnt ihr aber nur einige spöttische Worte und die Bemerkung, daß er den Verfasser, der mit fremdsprachlichen Citaten prunkt, für einen Accisebeamten halte<sup>66</sup>. Von drei andern im Sinne der Regierung gehaltenen Streitschriften geben wir im Folgenden den Inhalt.

<sup>63</sup> Die Worte der Broschüre lassen kaum einen Zweifel, daß der Verfasser eine Vorstellung hat von einer gegenseitigen Abhängigkeit, die zwischen Einfuhr und Ausfuhr eines Landes besteht. Die Worte lauten: a diminution of our importations (the necessary consequence of lessening our exportations). Es mag hier allerdings die Abhängigkeit der Einfuhr von der Ausfuhr behauptet erscheinen; allein der Gedanke des Verfassers ist in Wahrheit wohl eher der umgekehrte, da eine Verminderung der Einfuhr aus den vorher besprochenen Umständen sich erklärt, die Veränderung der Ausfuhr höchstens eine mittelbare Wirkung sein kann. — <sup>64</sup> Vgl. Mahon, a. a. O. II, 266 ff.

— <sup>65</sup> Die Worte Tindal's, die Mahon a. a. O. II, 268 anführt, daß Walpole so sehr unverständlich in der Beeinflussung der Presse gewesen sei, erscheinen, angesichts mancher tüchtigen Abhandlung im ministeriellen Sinn, als etwas übertrieben. — <sup>66</sup> Die Broschüre hatte, wie sich aus einer andern Gegenschrift ergibt, ungefähr den folgenden Titel: Considerations, occasioned by the Craftsman upon excises.



Die eine derselben, kurz und entschieden gehalten, gewandt im Ausdruck und bündig in der Beweisführung, hat den Titel: Einige allgemeine Betrachtungen über die Veränderung und Verbesserung der öffentlichen Einkünfte<sup>67</sup>.

„Seit einigen Wochen, so beginnt sie, wird die Nachricht verbreitet, die Regierung plane eine Allgemeine Accise. Accise allein klingt nicht unheimlich genug, und man braucht den Zusatz, während es doch geradezu unmöglich ist, daß das Volk von einer derartigen Einrichtung bedroht werde. Eine Accise auf Brod und andere nothwendige Lebensbedürfnisse würde allerdings eine schwere Last sein, indem sie den Preis des täglichen Brodes erhöhen und daher dem Volke einen Theil desselben entziehen müßte. So schlimm eine solche Maßregel wäre, ebenso schlimm ist es, sie gegen die Wahrheit als bevorstehend zu verkündigen. Man hat dabei nur die Absicht, wenn dann Nichts erfolgt, sich zu brüsten, als habe man die drohende Gefahr abgewendet. Tabak und Wein sind die einzigen Waaren, an deren Belegung mit einer Accise man gedacht hat. Sie zahlen einen Zoll und würden mittelst einer Accise unvergleichlich mehr einbringen. Sie tragen schon eine Steuer, und diese soll nur in anderer Weise erhoben werden, so daß es nicht mehr möglich ist, daß Einzelne diese Steuer defraudiren und den Betrag in die eigene Tasche stecken. Das Volk aber hat von der Veränderung den Vortheil, daß es möglich wird, die Grundsteuer zu vermindern oder abzuschaffen. Diese Grundsteuer erhöht den Pachtzins und dadurch den Preis des Brodes und der Getränke. Was den Wein angeht, so würde selbst ein hoher Preis nicht das Volk drücken; aber der Preis wird gar nicht steigen, und überdieß wird dann nicht mehr soviel schlechtes Gemisch unter dem Namen Wein verkauft werden. Auch der Tabak wird durch die Accise nicht theurer. Da also Steuern im Staate unentbehrlich sind, wie kann eine zweckmäßigere angelegt werden als auf Waaren, die zum Leben nicht unentbehrlich sind, nur

<sup>67</sup> (V) Some general considerations concerning the alteration and improvement of public revenues, 1733, 29 pp.



aus Gewohnheit und Uppigkeit gebraucht werden? Wer sie haben will, kann dafür bezahlen. Luxussteuern sind nach allgemeinem Auerkenntniß die gerechtesten Steuern, und daraus folgt doch auch, daß man sie sorgfältig eintreiben sollte. Warum sollen die Gesetzesverlezer Gewinn ziehen? Warum soll die Steuer dem Staat verloren gehen und Spitzbuben bereichern? Von den Defraudanten kann man die Opposition gegen den neuen Plan begreifen, aber nicht vom großen Publikum. Man täuscht die gläubige Masse, indem man ihr mit allgemeinen Reden gegen die Accise zusetzt, da es sich ja nur um eine Veränderung in der Erhebungsweise einer bestehenden Steuer handelt. Wenn aber die Händler sich über die Veränderung beschweren, so räumen sie ein, daß sie die Steuer, die jetzt schon vorgeschrieben ist, nicht entrichten wollen, während sie dieselbe doch von ihren Kunden sich bezahlen lassen. Jene haben keine Ursache zu klagen, weil der Accisebeamte zu ihnen kommt; viel mehr Grund zur Klage hat der kleine Landeigenthümer, dem, weil er durch Steuern erschöpft und zu weiterer Zahlung unfähig ist, sein ganzes Betriebskapital abgenommen wird. Warum sollte das Land lieber eine Million oder eine halbe Million Grundsteuer dulden, als mehr Steuerbeamte haben?"

Die beiden anderen ministeriellen Pamphlete versetzen uns schon mitten in eine hochgehende Bewegung. Neue Oppositionsschriften sind inzwischen erschienen und haben auch das Volk erregt. Poetische Angriffe, die bald vernichtenden Spott, bald hohe Würde und edles Pathos athmeten, gingen aus der Opposition hervor<sup>68</sup>. Es kam rasch dahin, daß, wer für seine Veröffentlichungen ein Publikum finden wollte, wenigstens in der Aufschrift an den Accisestreit anknüpfen mußte<sup>69</sup>. Nach-

<sup>68</sup> Voll prächtigen Humors und sehr geschickt versificirt sind die neun Strophen der „neuen Ballade“ Norfolk Excise. Im Ton der klassischen Tragödie ist gehalten: The Briton's Speech to Sir Politic. Eine „Acciseoper“ hieß: The State Juggler or Sir Politic Ribband. Auch Carrikaturen fehlten natürlich nicht. — <sup>69</sup> So finden sich nur ganz allgemeine Betrachtungen über Bestechlichkeit und die Strafe, die sie verdient, in der Broschüre: the sly sub-



dem man bestimmter erkannt hatte, daß es jedenfalls auf Wein und Tabak abgesehen sei, wurden die Kaufleute beunruhigt, die mit diesen Waaren Handel trieben. Volksversammlungen faßten Beschlüsse gegen das Projekt; die städtischen Behörden gaben auch ihrerseits den nämlichen Gesinnungen Ausdruck, die unter ihren Bürgern immer mehr Boden gewannen. Es erfolgten von den berufensten Organen der einzelnen Wahlkreise Aufforderungen an die gewählten Vertreter im Parlament, gegen jede Ausdehnung der Accise zu stimmen; bei Nachwahlen, die einzeln stattfanden, wurden die Candidaten auf das nämliche Programm verpflichtet. So finden wir in einer der zu nennenden ministeriellen Broschüren die Entgegnung auf eine oppositionelle Streitschrift; die andere richtete sich gegen die Bewegung unter den städtischen Magistraten. Jene, deren Verfasser viele lateinische Citate seinen Erörterungen einstreut, hat den Titel: Betrachtungen über ein Pamphlet, das sich Bemerkungen über die Accisegesetze nennt<sup>70</sup>.

„Es ist ein innerer Widerspruch, heißt es hier, sich für Freiheit begeistert zu erklären und dem Parlament Vorschriften zu machen, das Volk gegen seine Repräsentanten aufzureizen. Es kann nie ein Gesetz gegeben werden, das nicht irgend welche Interessen verletzt. Deshalb muß die Legislative nur auf das allgemeine Beste, nicht auf den Vortheil und den Beifall Einzelner Rücksicht nehmen. Sonst wären wir bald ohne Gesetz und in dem segensreichen Naturzustand. Ein Schriftsteller hat erklärt, es stünde eine Accise bevor, und damit werde die Freiheit bedroht, das Volk aber verstehe in diesen Dingen mehr als die Gesetzgebung. Eine dieser Broschüren erklärt auch, daß Accisen den Handel zerstören, und zweitens, daß sie mit der Volksfreiheit unverträglich seien. Um das zu beweisen, macht jene Broschüre den Vergleich mit einem gesunden Mann, den die Quacksalber curiren wollen. Aber ein Charlatan kann auch den Kranken für gesund erklären! Dann sagt der Pamphletschreiber, der

scription, on the Norfolk Monarch, 1733, 47 pp. — <sup>70</sup> (VI) Reflections upon a pamphlet entitled observations upon the laws of excise, 1733, 28 pp.



Handel werde durch die Accise zerstört. — Aber es handelt sich nicht um die Einführung einer neuen Steuer, die Grundsteuer ist sogar herabgesetzt worden. Es handelt sich um die zweckmäßigste Art der Erhebung. Nun wäre es ja eine Einwendung, daß alsdann die der Accise unterworfen gewesenen Waaren nicht mehr in das Ausland verkauft werden könnten. Allein bei der Malzsteuer (12. Q. Anne) ist auch eine Rückvergütung der bezahlten Accise bei der Ausfuhr vorgeschrieben, und analog könnte bei anderen Waaren verfahren werden. Endlich ist ein Einwand, daß damit doch der Schmuggel nicht verhütet werde; allein er wird dadurch vermindert: der Accise kann man sich weniger leicht entziehen als dem Zoll. Auch haben die Holländer Accisen und den blühendsten Handel. Was nun die Unterdrückung der Freiheit durch die Accise betrifft, so sind die Beamten keine Unmenschen und stehen im Falle des Amtsmißbrauchs unter den Gesetzen. Auch gewinnt nicht, wie behauptet wird, die Regierung durch die Accise einen ungebührlichen Einfluß auf die Wahlen; es gibt schon Bestimmungen über den Schutz der Wahlfreiheit gegen Steuerbeamte. Im Anhang gebe der Pamphletist eine historische Betrachtung, die aber Nichts beweise. Denn wenn unter Karl I. das Parlament der gesetzlosen Steuer widersprach, so beweist das Nichts gegen eine gesetzlich eingeführte; wenn das Herdgeld unter Wilhelm III. wegen der inquisitorischen Maßregeln, die zur Durchführung nothwendig gewesen wären, verworfen wurde, so hat dasselbe Parlament trotzdem eine Accise, wie sie noch besteht, eingeführt. Auch ist Nichts damit bewiesen, daß ein Herr Hunt, Pant, More, Hope, Sands, gegen verschiedene Consumsteuern sich ausgesprochen haben."

An die Bewegung unter den Stadtbehörden knüpft eine andere Schrift an, deren Inhalt hier mitgetheilt sei, und die den Titel führt: Erwiderung eines Parlamentsmitgliedes an den Bürgermeister seiner Commune<sup>71</sup>.

<sup>71</sup> (VII) The reply of a member of parliament to the mayor of his corporation, 1733, 39 pp.



„Der Verfasser hat eine von vielen seiner Wähler unterschriebene Adresse erhalten, glaubt sich verpflichtet, einerseits ihrem Inhalt zuwider für die Accise einzutreten, andererseits aber den Absendern über die Gründe seines Handelns Rechenschaft zu geben. Allerdings haben Uebelwollende Aufregung im Lande hervorgerufen, und man muß jene Leute persönlich kennen, um zu begreifen, daß dieselben bloß die Volksvertreter verleumden und ein Projekt, das im Interesse der Landwirthhe aufgestellt wurde, wie eine despotische Unterdrückung aller Freiheit fälschlich darstellen wollen. Es sind die Seinde des leitenden Ministers, die wühlen, während jener doch dem Monarchen die Liebe des Volkes durch Erleichterungen, die er diesem gewährt, zu gewinnen bemüht ist. Es sind die Seinde der Dynastie und des Landes, die der Nachsicht der Regierung Leben und Vermögen verdanken, die Verbrechen begangen haben, welche in jedem anderen Lande die strengsten Strafen erhalten hätten. Das Ministerium hat ja nur die Art der Aufbringung der Landesbedürfnisse umgestalten wollen. Das Ministerium hätte, wenn ihm nicht das Volkswohl am Herzen läge, einfach eine Erhöhung der Grundsteuer um 2 sh. vom Pfund Steuerkapital vorschlagen können, und man würde ihm dann wenigstens keine Neuerungsucht und kein ungewöhnliches Thun haben vorwerfen können. Es handelt sich aber allerdings nicht bloß darum zu beweisen, daß das Ministerium bei seinem Projekt gute Absichten gehegt, es muß auch gezeigt werden, daß es die Bedürfnisse des Landes richtig verstanden hat. Wenn es nun auch nicht möglich ist, alle Einwürfe gegen das Projekt zu prüfen, die von oppositionellen Schriftstellern in Broschüren mit den verschiedensten Titeln vorgebracht worden sind, so hat Einer unter denselben, der Verfasser der „Beweisführung gegen Accisen“, eingeräumt, daß sich die Vertheidigung der Regierungspläne auf einige Punkte beschränken darf. Nun ist der Plan so zu Stande gekommen, daß der König, der die äußere Lage viel günstiger gestaltet hat, seinem Volke Erleichterungen verschaffen will; seine Aufmerksamkeit mußte sich da dem Grundbesitz zuwenden, von dem sonst gerade die



oppositionellen Schriftsteller behauptet hatten, er sei zu sehr belastet. Man brauchte 500,000 £, und es fragte sich, wie sie beschaffen. Da war denn eine Besteuerung von Wein und Tabak vorhanden, die man einträglicher machen konnte. Diese Waaren sind mit Zöllen belegt, d. h. frei, sobald sie nur einmal über die Grenze gekommen sind. Belegte man sie dagegen mit einer Accise, so sind sie auch noch im Inland der Abgabe unterworfen, und wenn es einem Unredlichen gelingt, ohne Zahlung oder ohne volle Zahlung die Waare in das Land zu bringen, so hat er damit noch nicht über die Staatsgesetze triumphirt. Man bemerkt aber gegen die Accise: Erstens werde dadurch eine Generalaccise angebahnt. Das ist aber eine bloße Verleumdung. Ein solches Projekt wäre rein undenkbar und ist auch gar nicht abzuleiten aus der in Rede stehenden Maßregel. Die Accise auf Wein und Tabak trifft bisher schon besteuerte Waaren, die zugleich Luxusgegenstände sind; eine allgemeine Accise würde steuerfreie und für das Leben nothwendige Waaren treffen. Zweitens wird der Accise vorgeworfen, daß ihre Erhebung mit den Rechten eines freien Volkes sich nicht vertrage. Als wenn es nicht auf die verschiedensten Gegenstände bereits Accisen gäbe! Sollten zwei Artikel mehr, die in derselben Form besteuert werden, die Verfassung plötzlich ändern? Gibt es eine feste Grenze, daß gerade die bisherige Accise ohne Freiheitsberaubung der Bürger bestehen kann und eine weitere Ausdehnung nicht? Drittens soll die Accise den Handel beschränken. In Wahrheit aber bereichert nur der große, der auswärtige Handel das Land; der aber wird bei einer Verminderung der Zölle, bei einer Ersetzung derselben durch Accisen nur gewinnen, weil er dann sein Geld nicht lange vorzulegen braucht. Benachtheiligt wird nur der Kleinkrämer, der bisher entweder geschmuggelte oder verfälschte Waare verkaufte, und solche Leute wird man nicht vertheidigen wollen. Viertens sagt man, es müsse die Zahl der Accisebeamten vermehrt und dadurch der Einfluß der Regierung verstärkt und die Ausgabe des Staats vergrößert werden. Diese Vermehrung aber wird sich in Wahrheit in engen Grenzen halten, weil die Tabaks- und



Weinhändler regelmäßig schon andere accisepflichtige Gegenstände feil halten. So kann man die Zahl der neu anzustellenden Beamten in ganz England vielleicht auf 140 schätzen. Sünstens soll angeblich bei der Reform noch besonders eine Vermehrung der königlichen Einkünfte beabsichtigt sein; die Civilliste, sagt man, würde sich dadurch erhöhen und am Ausgang der Steuerprocesse interessirt sein. Allein die Steuer auf Wein und Tabak beträgt  $6\frac{1}{3}$  Pence per Pfund, und davon bekommt die Civilliste nur einen Penny. Außerdem kann man dem Übelstand dadurch abhelfen, daß der eine Penny für den König als Zoll und nur das Übrige als Accise erhoben wird. Übrigens ließe sich auch in Betreff der Appellation in Steuerprocessen eine Änderung treffen, wenn daran so großer Anstoß genommen wird. Wenn die Gegner der Regierung und der Dynastie von den Kosten der Revolution sprechen, so wird aufgerechnet, daß die Landwirthse seitdem nicht weniger als 60 Millionen an den Staat bezahlt haben. Sollen diese aber erleichtert werden, dann heißen sie plötzlich der reichste, blühendste, glücklichste Stand des Landes. So hat man im vorhergehenden Jahr gegen die Salzsteuer geschrien, und die Klagen werden jetzt wieder wie damals schwinden. Dann wird auch die Zeit für die Aufwiegler des Volkes kommen, und sie werden zu ihrem eigenen Untergang gedrängt haben." —

Trotz der Anstrengungen der Regierungspartei zeigten sich doch die im Besitz der Opposition befindlichen Waffen als die überlegenen. In einer stets wachsenden Anzahl von Schriften wurde das Projekt bekämpft; ein Angriff drängte den andern. Je mehr man deutlich absehen konnte, was auf dem Spiele stand, desto eingehender und schärfer wurden die Kritiken, namentlich der für das Land so wichtige Tabakhandel vertheidigte mit Eifer und Geschicklichkeit seine Interessen<sup>72</sup>. Die Mannig-

<sup>72</sup> Es seien folgende Schriften genannt: Answer to the considerations occasioned by the Craftsman so far as it relates to the Tobacco trade (enthält das bemerkenswerthe Argument, daß im vorhergehenden Jahrhundert eine Accise auf Tabak bestand, die man dann für nöthig fand, in einen Zoll zu verwandeln);



faltigkeit der Mittel, welche von den Gegnern des Planes benutzt wurden, zeigt sich im hellsten Licht, wenn wir die drei folgenden Schriften betrachten, von denen die eine auf das Zeugniß der Vergangenheit hinwies, eine zweite auf die Anschauungen der wichtigsten Körperschaften des Landes, während die letzte ergab, wie man außerhalb Englands über die vom Minister beabsichtigte Maßregel urtheilte.

Einerseits nämlich erschien unter dem Titel „Anatomie der Accise“ mitten in der Bewegung der Wiederabdruck einer Schrift, die vor mehr als siebenzig Jahren zu der Zeit der Republik mit Klarheit und Sachkunde die Gründe gegen jene Steuerform zusammengestellt hatte <sup>73</sup>.

„Während England, sagt der ungenannte Verfasser, sich sonst durch seine Freiheiten ausgezeichnet, durch seinen Reichthum den Neid aller Völker erregt und den Welthandel besessen habe, sei seit einigen Jahren durch die schwere Last der Accise dem Handel ein empfindlicher Stoß versetzt und das Volk bedrückt, und es sei nunmehr Aufgabe des Parlaments, durch Beseitigung des verfehlten Gesetzes Hülfe zu schaffen. Denn erstens sei die Steuer unverhältnißmäßig und bedrücke einseitig den Handel, der dadurch seine Regsamkeit und Lebendigkeit verliere. Zweitens muß der Kaufmann, wenn er glücklich seine Waaren über's Meer gebracht hat, beim Verkauf derselben nicht bloß seine Abgabe bezahlen, sondern er muß that-

---

— Observations on the case of the planters of Virginia; — Considerations on the nature of the tobacco — trade to Virginia and Maryland; — A reply to the Vindication of the case of the planters of Virginia; — Observations and remarks on the bill for repealing several subsidies on tobacco ec. — Aus 2 und 4 läßt sich noch auf zwei andere, aber im entgegengesetzten, ministeriellen Sinn gehaltene Broschüren schließen: Case of the planters of Virginia und Vindication of the case of the pl. o. V. — <sup>73</sup> (VIII) Excise anatomiz'd, declaring that unequal imposition of Excise to be the only cause of the ruin of trade, the universal impoverishment, and destructive to the liberties of the whole nation. By Z. G., a well-wisher of the common good, London 1733, 30 pp. Im Innern Überschrift: Excise anatomiz'd and trade epitomiz'd. Am Schluß: Printed in the year 1659.



sächlich die Ablieferung in Gegenwart eines Beamten vornehmen, sonst setzt er sich Chikanen, Prozessen, Denunciationen aus. Drittens ist zwar die Appellation an einen besondern Gerichtshof gestattet gegen ungerechte Sprüche der Steuerbehörden, allein bei diesem Gericht dringt der Kaufmann nicht leicht durch, und es müßte ihm daher der ordentliche Proceßweg vor den gewöhnlichen Gerichten frei gestellt werden. Viertens müssen verschiedene Gewerbe, wie Brauer, Brenner, Seifensieder ihre fertige Waare versteuern, während es Niemandem einfällt, das Produkt des Landwirths, seine Kälber, Milch, Eier einer Abgabe zu unterwerfen. Fünftens wird die Accise mit gesteigerter Härte eingetrieben, von den Pächtern derselben, die mit dem Schweiße der Nation sich mästen und ihren Sluch auf sich laden. Sechstens ist es ungerecht, daß die Accise auch von demjenigen Theil des Waarenpreises bezahlt werden muß, der durch Zölle und sonstige Vorlagen gebildet ist; dadurch vergrößert sich das Geschäftskapital, das der Kaufmann braucht, unglaublich, oft um das zwei- und dreifache, während ohnehin namentlich das Schiffahrtsgewerbe sehr darniederliegt und unter viel ungünstigeren Umständen als das holländische arbeitet. Siebentens verlangt das Gesetz häufig Eide, die der Skrupulöse nicht leisten kann, sodaß er sein Geschäft an den weniger Gewissenhaften verliert; schlimmer als die ehemalige Sternkammer verfahren die Steuerbeamten, dringen in alle Geheimnisse des Handels, bedienen sich der Lehrlinge gegen die Herren, stören die alten Kaufleute und machen das Aufkommen der jungen unmöglich. Achtens ist das Auftreten der Accisemänner ein brutales. Neuntens braucht die Accise ein Heer von Beamten, die den nützlichen Beschäftigungen entzogen werden und zugleich ein Viertel bis ein Drittel des Ertrags als Erhebungskosten verschlingen. Endlich besteht jetzt eine Republik, welche die Einzelnen nach ihrer Fähigkeit belasten müßte, also durch direkte Steuern, Zehnten, Sünfzehnten in alter Weise; das Parlament, wenn auch hauptsächlich aus Grundeigenthümern zusammengesetzt, wird Selbstlosigkeit genug besitzen, um so zu beschließen. Die Einführung der Accise da-



tirt von 1643, als das Parlament im Kampfe Mittel aufbringen mußte, und da es im Besitz der Küste war, nur auf diese Weise auch die Royalisten zur Steuer heranziehen konnte<sup>74</sup>. Auch dieser Schritt ist widerstrebend gethan worden, und vorher war der englischen Geschichte die Accise ganz fremd geblieben bis auf einen Versuch Buckingham's, der aber am Widerspruch des Unterhauses scheiterte. So stieß auch das Unterhaus den Sir Edward Sawyer aus und erklärte ihn ewig unfähig, Parlamentsmitglied zu werden, weil er an einem Buch mitschuldig war, worin das Tonnen- und Pfundgeld projektirt worden; ebenso suspendirte es John Baber, weil er an Soldaten ungesetzlich Quartierzettel gegeben hatte. Auch protestirte das Parlament noch am 8. September 1642 gegen das Gerücht, als beabsichtige es, eine Accise auf Sinnigeschirr und andere Gegenstände einzuführen. Aber auch ein Ersatz der Accise durch einen Zoll ist nicht rathlich, weil ein solcher dauernd werden würde; Prin<sup>74a</sup> hat übrigens in seiner Erklärung und seinem Protest das Nöthige gegen diesen Plan schon gesagt. Vielmehr soll der Ausfall durch eine direkte Steuer<sup>75</sup> beschafft werden. Ubrigens bestehen noch andere dem Handel nachtheilige Einrichtungen außer der Accise. So die Argeer Duty im Betrag von 10 Prozent Zoll auf alle eingeführten Waaren; wie vorgegeben wird, aber nicht zutrifft, um Gefangene loszukaufen. Bei einer Zollreduktion würden die Zolleinnahmen höher durch vermehrte Einfuhr und verminderten Schmuggel<sup>75a</sup>. So hat sich durch die Zölle der Handel allmählich von Venedig nach Genua, dann nach Livorno gezogen; ebenso entziehen uns jetzt die Holländer, theilweise der

<sup>74</sup> Ein bemerkenswerther Grund für die Einführung der Accise, der von den Geschichtschreibern übersehen wird; vgl. Voche a. a. O. 361, 62. — <sup>74a</sup> William Prymne (1600—1669); der Titel seiner Schrift über die Accise in *Chaufepié's Dictionnaire historique*, f. v., Note R. — <sup>75</sup> «Subsidy», p. 26. Es kommen zwar auch zuweilen Zölle unter dem Ausdruck vor; im technischen Sinne aber bezeichnete man damit eine Vermögenssteuer, vgl. Blackstone a. a. O. I, 310, 11, Sinclair a. a. O. I, 128 ff. — <sup>75a</sup> S. Nachtrag.



Zölle wegen, den Handel. Auch sollte wieder strenge die Ausfuhr von Wolle und Walkerde verhindert werden." —

War hier eine Stimme gegen die Accise aus dem Schooße einer fernen Vergangenheit beschworen worden, so hatten die Gegner der vielberufenen Steuer auch lebendige Verbündete in nicht geringer Zahl auf den Kampfplatz zu führen. Es konnte eines tiefen Eindrucks bei allen Unbefangenen nicht verfehlen, es mußte manchen Schwankenden in die Reihen der Opposition treiben, als eine besondere Schrift die Äußerungen über das ministerielle Projekt zusammenstellte, welche seit dem Auftauchen desselben aus der Mitte der Bevölkerung heraus laut geworden waren<sup>76</sup>. Diese Schrift erschien im März 1733<sup>77</sup> und stellte der Nation und dem bereits versammelten Parlamente vor Augen, mit welcher Einmüthigkeit und Entschiedenheit jede Ausdehnung der Accise von den steuernden Unterthanen verurtheilt wurde. An der Spitze der Bewegung ist die Hauptstadt zu erblicken. Man liest, daß am 22. Dezember 1732 die Kaufmannschaft einen Ausschuß eingesetzt hatte, um alle Parlamentsmitglieder zu besuchen und gegen die „dem Handel, der Industrie, der Schifffahrt schädliche, der Freiheit gefährliche Ausdehnung der Accisegesetze“ einzunehmen. Am 29. Dezember fand eine große Volksversammlung statt<sup>78</sup>, die beschloß, mit allen gesetzlichen Mitteln die Einführung einer Accise zu bekämpfen, und ferner eine Deputation von fünfundzwanzig angesehenen Männern ernannte, um auch die vier Abgeordneten der City zu einem energischen Widerstande aufzufordern. Anfangs Januar 1733 kamen die bedeutendsten Spezereihändler Londons zusammen und erließen eine Erklärung, daß schon die bestehende Accise „hauptsächlich

---

<sup>76</sup> (IX) Excise; being a collection of letters ec., containing the sentiments and instructions of the merchants, traders, gentry and inhabitants of the principal cities, counties, towns and boroughs, in England, to their representatives in parliament, 1733, 39 pp. — <sup>77</sup> Das späteste darin vorkommende Datum ist der 10. März 1733. — <sup>78</sup> Rapin's Sortseker (Allgemeine Geschichte von England, übers. von Pauli XI, 422) gibt als den Tag dieser Versammlung den 2. Januar an.



durch die Nachlässigkeit, die Mißgriffe und die Unwissenheit der Beamten" den Handel übermäßig bedrücke, und daß Mancher ihres Standes zu dem Entschluß getrieben worden sei, wenn auch unter empfindlicher Einbuße den Verkauf accisepflichtiger Waaren ganz aufzugeben. Zugleich wählten sie eine Vertretung, die beauftragt war, vereint mit dem in der allgemeinen Versammlung niedergesetzten Ausschuss zweckdienliche Maßnahmen zu beschließen und zu ergreifen. Zuletzt trat auch die Londoner Stadtverwaltung mit ihrem gewichtigen Votum hervor, indem sie am 15. Februar einstimmig die Erklärung beschloß, daß die Ausdehnung der Accise „den Verbrauch vermindern, den ehrlichen Kaufmann den willkürlichen Besuchen der Beamten wie den Rechtsprüchen beliebig absehbare Commissäre preisgeben, endlich auch die öffentlichen Freiheiten beeinträchtigen werde". Wie die Zeit vorrückte, — das konnte man weiter aus der Broschüre ersehen, — wie es immer unzweifelhafter wurde, daß es der Regierung mit ihrem Plane voller Ernst sei, ergriff die Besorgniß allmählich immer weitere Kreise und erzeugte in allen Theilen Englands eine tiefgehende Aufregung und ein sichtbares Bemühen, dem gefürchteten Übel mit allen Mitteln zu begegnen. Sast aus allen größeren Städten waren Beschlüsse der Magistrate mitzutheilen, die sich auf die Angelegenheit bezogen; in seltener Übereinstimmung lauteten dieselben dem Projekte feindlich und gipfelten in der Sorderung, daß die Abgeordneten dagegen den entschlossensten Widerstand leisten sollten. Rochester und Canterbury, Southampton und Bedford, York und Leicester, Nottingham und Newcastle, Lancaster und Liverpool, Hull und Bristol ließen durch die berufenen städtischen Organe Briefe oder Deputationen an die Vertreter, die der Ort in das Parlament gewählt hatte, absenden, damit von diesen jedes Gesetz bekämpft werde, das bisher accisefreie Gegenstände der verhaßten Abgabe unterwerfe, mit welchen Einzelheiten auch immer und unter welcher bestimmteren Form die Vorlage auftreten möchte. An Robert Walpole selber ging aus seinem Wahlort Lynn-Regis eine Deputation ab, welche dem Abgeordneten anempfehlen wollte, gegen



das Projekt des Ministers sich zu erklären. Bei dieser übereinstimmenden Haltung aller bedeutenden Städte des Landes konnte es Niemandem zweifelhaft sein, was der Kaufmannsstand in allen seinen Schichten und Mitgliedern von der neuen Steuer sich versprach, und wer von der Blüthe des Handels die Größe des Staates abhängig glaubte, mußte deshalb gegen die Versicherungen der ministeriellen Schriftsteller mehr als mißtrauisch werden. Zeigte sich doch die Bewegung durchaus nicht bloß unter den Kleinhändlern; ausdrücklich wurde sogar aus London berichtet, daß die mit Hamburg und Holland in Verbindung stehenden Häuser, zumal die Leinenhändler in einer besonderen Versammlung Beschlüsse gegen die Accise faßten. —

Mit großer Geschicklichkeit wurde endlich das Vorhaben des Ministers von einem in Frankreich lebenden Schriftsteller, Charles Sorman, bekämpft<sup>79</sup>. In seiner Broschüre, die als „Zweiter Brief an Robert Walpole“ betitelt ist, unterzieht er zuerst verschiedene Fragen der auswärtigen Politik einer kritischen Erörterung. Überall erscheinen seinem prüfenden Blicke die Maßnahmen des englischen Ministeriums als verfehlt, die Würde und die Machtstellung des Staates beeinträchtigend. Namentlich habe Walpole gegenüber den unberechtigten Prätionen der Niederlande es durchaus an Entschiedenheit und Thatkraft fehlen lassen. Sowohl in den Streitigkeiten des Fürsten von Ostfriesland mit der Stadt Emden als bei der Regelung der Erbschaft Wilhelm's III. habe der holländische Vortheil trotz der Zweifelhaftigkeit der Rechtstitel, die ihm zur Seite standen, über Englands Interessen den Sieg davongetragen. Ebenso sei Spanien gegenüber im Vertrag von Sevilla der englische Handelsstand mit seinen gerechten Sorderungen geopfert worden. Sorman geht dann dazu über, das neue Projekt einer „Allge-

<sup>79</sup> (X) A second letter to the right honourable Sir Robert Walpole, by Charles Forman Esq., 1733, 51 pp. Im Innern: Paris, Seb. 28, 1733. — In Allibone's Bibliographie werden zwei Schriftsteller des Namens genannt; sind dieselben wirklich unter einander verschieden, so dürfte der ältere mit unserem Autor identisch sein.



gemeinen Accise" zu besprechen. „Europa“, sagt er, „verfolgt mit der gespanntesten Aufmerksamkeit diese Angelegenheit; je nach ihrem Ausgang wird man künftig die Engländer als Sklaven oder als freie Männer ansehen.“ Er habe selbst häufig gegen den herrschenden Schmuggel geeifert, und es sei darum doppelt seine Pflicht zu versichern, daß er das jetzt vorgeschlagene angebliche Heilmittel niemals gewünscht habe. Die Holländer seien in manchen Beziehungen nachahmenswerth, aber nicht rücksichtlich ihres Steuersystems. Gerade deßhalb habe er in allen seinen Publikationen, so oft sich nur die Gelegenheit darbot, für die Abtragung der Staatsschuld gesprochen. Die Accise könne in den Händen eines verworfenen Ministers eine Waffe werden, um die Freiheiten der Magna Charta niederzuschlagen. Die Minister, welche den Umsturz der Staatsverfassung im Herzen planen, führten ja stets das öffentliche Wohl im Munde und suchten nicht mit einem einzigen Streiche, sondern allmählich das Volk zu unterjochen. „Von der Erweiterung der englischen Accise hätte Niemand mehr Vortheil als Holland, das ohnehin unserem Handel schon soviel entzogen, das vom Verkehr mit Indien den besten Theil an sich gerissen, das des ganzen Haringssanges sich bemächtigt, das unsere Wollenmanufaktur auf's Tiefste geschädigt, uns der früheren Verbindungen mit den österreichischen Niederlanden und mit dem Mittelmeere unter Beihülfe englischer Minister beraubt hat“. Bei dem nachtheiligen Einfluß, den die Accise auf den Wohlstand Englands üben würde, könnte Nichts den Wünschen des Prätendenten so nützlich sein als die geplante Maßregel. In Frankreich fließt ein großer Theil der Staatseinnahmen aus Accisen; die Erhebung dieser Abgaben, die durch Pächter geschieht, kostete 1724 nicht weniger als 26 Millionen Livres oder ein Siebentel der gesamten Einnahmen des Staatsschatzes. Die Ausgabe für das gesammte französische Landheer betrug zu derselben Zeit nicht einmal 27 Millionen und der Aufwand des Hofes kaum 9 Millionen Livres! Das sind Thatfachen aus einem absolut regierten Lande, und nun will man auch um die englischen Städte und Flecken Zolllinien ziehen,



gewiß ein angenehmer Anblick für Britten und ein unbestreitbares Wahrzeichen der „Freiheit und des Eigenthums“ des Unterthanen. Was Holland betrifft, so bestehen sehr irrige Vorstellungen über die Freiheit, die dort herrscht. Die Generalstaaten allerdings sind nicht in der Lage, irgend eine Unterdrückung üben zu können. Die Vereinigten Provinzen haben überhaupt keinen Souverän; die Provinzialstaaten sind für ihr Gebiet einziger und unabhängiger Herrscher, der über den Generalstaaten steht. Allein im Innern der einzelnen Provinzen kann man durchaus nicht finden, was die Engländer durch die köstlichen Worte „Freiheit und Eigenthum des Unterthanen“ ausdrücken. Die Bürger haben nicht das Recht, von ihren Vertretern besteuert zu werden, und alle ihre Unterhaltungsmittel sind mit Abgaben überlastet. Die Accise des Brauers, Metzgers, Bäckers, Torfhändlers vertheuert den Preis ihrer Waaren um ein Drittel. Und dabei bestehen Aus- und Einfuhrzölle, Häuser- und Grundsteuern, Abgaben von Bedienten, Pferden, Wagen, lebendem Vieh, ein Passagiergeld, welches alle Reisenden zahlen müssen. Trotzdem zahlt der Holländer seine Steuern, die ihm abverlangt werden, so oft er einen Bissen in den Mund steckt, bereitwilliger, weil sie wenigstens im Interesse des Landes, nicht zum Bau von Palästen oder zur Ausstattung verschwenderischer Würdenträger verwendet werden. Von allen Mitgliedern der Regierungskollegien gibt keines 2000 Pfund jährlich aus. Wenn man auch Holland reich nennt, so wären ohne die Steuern die Reichen dort noch reicher und die Armen weniger arm. Das Brod kostet in London gewöhnlich einen Penny das Pfund, in Amsterdam  $2\frac{1}{4}$  bis  $2\frac{1}{2}$  Pence, und daran ist die Accise allein schuld. Wenn trotzdem der Handelsstand sich in angenehmen Verhältnissen dort befindet, so liegt das daran, daß die Staatsverwaltung eine sparsame ist, daß die Behörde Alles anbietet, um dem Volk durch Hebung des auswärtigen Handels Verdienst zu verschaffen, endlich daß die Sitten des Landes einfach und genügsam sind. Am Besten freilich stehen sich in Holland die Accisepächter; bestünde aber in England eine ausgedehnte Ac-



cise, so würde leicht ein habgieriger Minister die Verpachtung derselben einführen, um bei dem Abschluß des Pachtvertrages eine ansehnliche Bestechungssumme für sich zu gewinnen.

Nicht bloß mit dieser letzteren Bemerkung, sondern auch sonst unaufhörlich untermischt Sorman seine Argumente mit Anspielungen auf den persönlichen Charakter des Ministers Walpole, wie derselbe von der Opposition gezeichnet zu werden pflegte. Gewöhnlich verbergen sich diese Angriffe unter ironisch gemeinten Lobsprüchen, wie denn bald die „tiefe Belesenheit“, bald der „hohe Ruhmeskranz“ des Ministers gepriesen sind<sup>80</sup>, um damit an sein mangelhaftes Wissen und an seine Ängstlichkeit in der auswärtigen Politik zu erinnern. Weit bitterer aber waren in der Schrift die Bemerkungen, die sich auf habgierige Minister, auf bestechliche Senate, auf die Täuschung der trägen Masse bezogen<sup>81</sup>. Und doch hatten gerade diese Vorwürfe die meiste Sicherheit, von der Nation verstanden zu werden<sup>82</sup>.

### III.

#### Der Ausgang.

Das Parlament des Jahres 1733 wurde schon am 16. Januar eröffnet. Allein der Minister beeilte sich nicht, seinen Accisevorschlag den Abgeordneten zu unterbreiten. Vielleicht hielt er die feindliche Bewegung im Volk und in der Presse für eine vorübergehende, deren Ende abzuwarten rathsam sei. Wenigstens schwieg die Thronrede von dem Projekt, enthielt dagegen

<sup>80</sup> profound reading (p. 25), vgl. Macaulay in der Edinb. Rev., vol. 58, p. 241, und dazu Parl. Hist. VIII, 1305; — glorious minister (p. 30). —

<sup>81</sup> honest minister (p. 21, 30); great treasurer . . a mercenary, rapacious, plundering fellow . . and luxurious withal (p. 39); — we may not always have treasurers like you (p. 40); purchased senators (p. 43); keep bribery and corruption out of the — (parliament sc.) and too much credulity and supineness out of the minds of Britons (p. 43). — <sup>82</sup> Auch in ihrer Richtung unbekannt sind mir folgende Streitschriften geblieben, deren Titel ich (zum Theil handschriftlich) gefunden habe: Remarks on Fog's Journal Feb. 10. 1732/33; — Right of British subjects to petition their representatives, 1733; — Genuine thoughts of a merchant; — Letter from a member of parliament to his friend in the country on the duties on wine and tobacco.



die Ermahnung, „unvernünftige Leidenschaft und Seindseligkeit zu vermeiden und sich nicht durch unwahre Behauptungen von der Verfolgung des Volkswohls abhalten zu lassen<sup>83</sup>“. Es waren die oppositionellen Abgeordneten, welche während der ersten Wochen der Session ausschließlich die Angelegenheit im Parlament erwähnten und Sorge trugen, daß sie dem öffentlichen Bewußtsein nicht in Vergessenheit gerieth<sup>84</sup>. Aber nicht bloß durch sein Schweigen schien Walpole seine sonstige Sicherheit zu verleugnen. Er schlug eine Finanzmaßregel vor, welche allerdings die Allirten, die er zuletzt gesucht hatte, befriedigen mochte, aber die Versprechungen, welche die Vertheidiger des Acciseprojekts gegeben hatten, nicht rechtfertigte. Im Vorjahr war die wieder eingeführte Salzsteuer das Mittel gewesen, um den Grundeigenthümern die Hälfte der gewöhnlichen Bodensteuer zu erlassen; in diesem, hatte man geglaubt, werde dieselbe Maßnahme durch die neue Accise ermöglicht werden. Nun schlug freilich Walpole vor, wiederum die Grundsteuer für 1733 nur auf fünf Procent des Reinertrags festzusetzen, an Stelle der andern fünf Procent aber solle man aus dem zur Abtragung der Staatsschuld bestimmten Einkommen 500,000 Pfund für die laufenden Ausgaben verwenden<sup>85</sup>. Abgesehen davon, daß der Vorschlag auch sonst von den Gegnern des Ministers ausgebeutet werden konnte, so war jedenfalls nach seiner Annahme für keine Klasse der Gesellschaft ein so dringendes Interesse mehr vorhanden, die geplante Veränderung im Steuersystem zu unterstützen. Um so mehr wuchs der Muth der Opposition und ihr Bemühen, die Frage zur Entscheidung zu bringen. Endlich entriß sie am 27. Februar Walpole die Zusage, er werde in näch-

<sup>83</sup> Die Parlamentsverhandlungen finden sich im 8. und 9. Band der angeführten Parliamentary history von Cobbett. Coxe, memoirs of the life and administration of Sir Robert Walpole, (Oktavausgabe in vier Bänden von 1816) I, p. IX, versichert, daß nach seinen Untersuchungen die Reden Walpole's von der gewöhnlichen Überlieferung gut wiedergegeben werden. —

<sup>84</sup> Coxe, memoirs of Sir R. Walpole, a. a. O. III, 74—76. — <sup>85</sup> Parl. hist. VIII, 1200—1223.



ster Zeit mit seinem Plan, dem er nur noch die letzte Formulierung zu geben habe, vor das Haus treten. In der That beantragte er am 7. März, die Kammer solle sich acht Tage später als Ausschuß versammeln, um über „die bessere Erhebung der bereits auf Tabak und Wein ruhenden Abgaben“ zu berathen. So war denn das Acciseprojekt an das Parlament gekommen, und es hat nun eine enge Beziehung zu unserm Gegenstand, zu überblicken, welches Schicksal demselben hier bereitet wurde. Am 15. März fand die anberaumte Ausschußberathung des Hauses statt. Die Verhandlung drehte sich um eine erste Resolution, derzufolge jener Zoll vom Tabak, der nicht der Civilliste, sondern der Staatskasse zufloß und  $5\frac{1}{3}$  Pence vom Pfund betrug, mit Johanni des Jahres aufhören sollte. Der Ausschuß stimmte in der bis um zwei Uhr des Morgens fortgesetzten Sitzung mit 266 gegen 205 Stimmen zu. Darauf wurde ohne Diskussion angenommen, daß an Stelle des Zolles von  $5\frac{1}{3}$  Pence, die sich durch Rabatte bei Baarzahlung auf nur vier Pence stellten, eine Accise von vier Pence per Pfund treten solle, von welcher diejenigen Waaren frei zu bleiben hätten, die in einem öffentlichen Lagerhaus aufbewahrt und von da in das Ausland exportirt würden. Es war nach dieser Debatte, daß von der Menge in der Umgebung des Parlaments, welche der leitende Staatsmann durch die Bezeichnung als „kecke Bettler“ beleidigt hatte, auf seine Person ein thätlicher Angriff versucht wurde<sup>86</sup>. Am folgenden Tag ward über die Ausschußsitzung durch Sir Charles Turner an das Haus berichtet, welches mit 249 gegen 189 Stimmen mit den beschlossenen Resolutionen sich einverstanden erklärte und eine Deputation ernannte, um diesen Beschlüssen gemäß einen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Die erste Lesung des Gesetzes fand danach am 4. April statt; der Einwand, es stimme nicht mit den gebilligten Resolutionen überein, ward mit 232 gegen 176 Stimmen, ein Vertagungsantrag mit 237 gegen 199 Stimmen verworfen, vielmehr der Übergang zur zweiten Lesung mit 236 gegen 200 Stimmen beschlossen.

<sup>86</sup> Coxe, a. a. O. III, 111.



Die letztere wurde auf eine Woche später festgesetzt. Werden diese Abstimmungen verglichen, so zeigen sie eine stetige Abnahme der Majorität, die Walpole's Plänen den Sieg verschaffte. Diese Majorität ging von 61 am 15. März den folgenden Tag auf 60 herunter; sie betrug am 4. April zuerst 56, dann 38, zuletzt 36 Stimmen. Am 5. April stellte die Opposition den Antrag, daß der Gesetzentwurf in einer größeren Anzahl von Abzügen gedruckt werden solle; es wäre wie ein Aufruf an die öffentliche Meinung gewesen, ihr Urtheil über die Frage abzugeben, und doch wurde der Vorschlag nur mit 128 gegen 112, also mit einer Majorität von 16 Stimmen verworfen. Die Opposition wurde im Laufe der Verhandlungen immer stärker, innerhalb des Hauses wie außerhalb desselben. Am 10. April trug der Londoner Gemeinderath dem Unterhaus eine Petition vor, nach deren Inhalt die Petenten auf Grund des schwebenden Gesetzentwurfs als einmüthige Ansicht der Stadtgemeinde London aussprachen, jede weitere Ausdehnung der Accisegesetze sei der tödlichste Streich gegen den Handel und die Schifffahrt Großbritanniens, weil sie nicht etwa bloß das Geschäft unvortheilhafter machen, sondern gänzlich davon abschrecken werde; deshalb möge das Parlament den Londoner Gemeinderath über den Entwurf vernehmen. Diese Petition nun rief in der Kammer die entscheidende Abstimmung hervor. Es konnte Zufall gewesen sein, daß einmal die Majorität des Ministeriums nur 16 Stimmen betragen hatte, allein die Sorderung des Londoner Gemeinderaths wurde nun auch nur mit 214 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Sechszehn bis siebzehn Stimmen waren es also jetzt, mit denen Walpole, der das Parlament gänzlich zu beherrschen gewohnt war, seine gewaltigen Gegner niederhalten sollte; da schien es nicht undenkbar, daß in den weiteren Stadien der Verhandlung (war doch die Reform des Weinzolls noch gar nicht in Angriff genommen!) angesichts der Haltung des Landes demnächst eine empfindliche Niederlage die Auflösung des Ministeriums herbeiführen könne<sup>87</sup>. Es läßt sich leicht be-

<sup>87</sup> Diese Abnahme der Majoritäten wird von den Geschichtschreibern, wie



greifen, daß Walpole dieser Möglichkeit auswich und lieber sein Projekt opferte. Als am 11. April die zweite Lesung stattfinden sollte, beantragte er eine Vertagung derselben um drei Monate. Um so mehr aber mußte ihm darum zu thun sein, nach diesem mißglückten Unternehmen wenigstens seine moralische Macht und sein persönliches Ansehen zu stärken. Er konnte zugeben, daß er besiegt worden sei, aber er mußte zu beweisen suchen, daß er doch Recht gehabt habe. Die Opposition mußte sich bemühen, diesen Nachweis zu widerlegen, und so konnte auch nach dem Scheitern des Acciseplans der literarische Accisestreit noch nicht zur Ruhe kommen.

Eine Gelegenheit zur Vertheidigung ward dem Minister gegeben, als die Opposition, ihren Sieg verfolgend, einen Ausschuß von 21 Mitgliedern beantragte, um die angeblichen Unterschleife im Zollwesen zu untersuchen. Walpole stimmte zu und erreichte es, daß die Wahl, die mit Stimmzetteln geschah, doch nur auf Männer seiner Partei fiel. Der Bericht, den dieser Parlamentsausschuß am siebten Juni erstattete<sup>88</sup>, war darauf berechnet nachzuweisen, daß es wohl der Mühe werth gewesen, durch eine einschneidende Reform die Beseitigung dieser Unzukömmlichkeiten zu versuchen<sup>89</sup>.

„In Betreff des Tabaks“, heißt es hier, „gilt ein Gesetz 9 Geo. I, cap. 21. Der Zoll beträgt  $6\frac{1}{3}$   $\text{£}$  per Pfund. Davon ist 1 Penny baar zu bezahlen bei der Einfuhr (old subsidy) mit 25<sup>0</sup>/<sub>100</sub> Abzug. Die übrigen  $5\frac{1}{3}$   $\text{£}$  können baar bezahlt werden und genießen dann 25<sup>0</sup>/<sub>100</sub> Nachlaß, oder sie werden auf Credit geschrieben und haben dann 15<sup>0</sup>/<sub>100</sub> zu beanspruchen. Beschädigter Tabak kann auf Verlangen des Importeurs beseitigt werden

---

Core, Mahon, Macaulay, nicht betont, und deshalb wundert man sich mehr als billig über Walpole's Rückzug. — <sup>88</sup> Core, a. a. O. III, 71, setzt sonderbarer Weise diesen Bericht vor den ganzen Accisestreit in das Jahr 1732. —

<sup>89</sup> Report from the committee of the house of commons, appointed to inquire into the frauds and abuses of the customs; Parl. hist., IX, p. 154—180. Core, a. a. O., spricht von 103 gedruckten Seiten, welche der Bericht umfaßt habe.



und von der Abgabe dadurch frei bleiben; außerdem erhält der Importeur dafür per  $\bar{u}$   $1\frac{1}{2}$   $\text{£}$  vergütet, aber nicht mehr als 30 sh. per Saß. Alle diese Abgaben werden bei der Ausfuhr zurückvergütet. Nun finden aber hauptsächlich folgende Defraudationen statt. Die Einnehmer, welche den Tabak beim Ausladen zu wiegen haben; werden bestochen und schreiben dann geringere Gewichte an; schon im Jahre 1721 haben sich darüber die Kaufleute von Bristol beim Zollamt beschwert. So ist entdeckt worden, daß John Midford in einem Schiff 301 Säffer Virginia-Tabak eingeführt und sie zu 199,257  $\bar{u}$  versteuert hat; in Wahrheit aber ergab sich aus seinen Büchern, daß das Gewicht 230,110  $\bar{u}$  betrug, und man fand auch bei ihm notirt, daß er den Beamten Bestechung gezahlt. In einem Salle sind vom Küstenwächter in 17 Säffer 8,961  $\bar{u}$  notirt, während sie nach der Verkaufsrechnung 12,834  $\bar{u}$  enthielten; bei dieser letzteren Ladung war überhaupt bei der Besteuerung das durchschnittliche Gewicht des Saffers 521  $\bar{u}$ , höchst wahrscheinlich ein gegen die Wirklichkeit weit zurückbleibender Betrag. In einem dritten Fall wurden 4 Säffer zu 2559  $\bar{u}$  versteuert, während dem Pflanzeur vom Kaufmann 3042  $\bar{u}$  gut geschrieben wurden. Ein Herr Philpot sagte aus, daß er einen im Sept. 1731 begangenen Unterschleif entdeckt habe; als er den betreffenden Kaufmann darüber sprach, gab ihm dieser 100  $\text{£}$ , die er nahm. Später hat er dieses Geld der Zollkasse abgeliefert, aber da die richtige Zeit veräußert war, so ließ sich die Angelegenheit nicht mehr genau untersuchen. Große Defraudationen geschehen dann bei der Zollerückvergütung, welche der Exporteur für den versteuerten Tabak zu beanspruchen hat. Beim Vorliegen eines solchenalles bringt der Importeur ein Verzeichniß der Ballen, die verschickt werden sollen, und läßt sich vom Zolleinnehmer bescheinigen, daß diese Waaren bei der Einfuhr versteuert oder auf einen Steuercredit angeschrieben wurden; er hat übrigens auch das Nämliche an Eidesstatt selber zu erklären. Auf dieses Zeugniß und diese an Eidesstatt gegebene Erklärung hin wird ihm von dem Einnehmer für die Ausfuhr ein Schein zur Ausfuhr (cocquet oder



warrant) übergeben, auf dessen Rückseite der Exporteur dann das Gewicht jedes Sasses angibt. Die Steuerbeamten haben darauf zu untersuchen, ob mit diesem Indorsement das wirkliche Gewicht der Säffer übereinstimmt; dabei pflegt man aber mit dem Nachwiegen eines Theils der Säffer sich genügen zu lassen. Auf Grund des Scheins mit Indorsement und der Beglaubigung der Beamten wird endlich ein Gutschein über den Drawback ausgestellt. Die Defraudation, die bei dem Export möglich ist, besteht nun vor Allem in der Ausfuhr verdorbenen, womöglich noch mit Schmutz, Abfall, Sand vermischten Tabaks oder in der Ausfuhr von abgerippten Stengeln, die keinen Rückzoll zu beanspruchen hätten. In einem Falle im Jahre 1704 oder 5 war in jeder Tabaksrolle ein Stück Blei eingeschlossen (von 2—3" Dicke und 6—7" Länge). Ein neuerer Fall, der näher untersucht wurde, ergab andere Arten des Unterschleifs. Es wurden 8084  $\pi$  Rolltabak zur Ausfuhr angemeldet, derselbe wog bei der Untersuchung nur 6825. Darauf wurde der Importeur von der Commission verhört. Er sagte, daß der Exporteur sich habe auf seinem Bureau einen Schein ausstellen lassen, und man habe ihm, ohne die Verkaufsnote damit zu vergleichen, einen Schein über den ältesten Posten, der eingeführt worden und noch in den Steuerbüchern belastet stand, gegeben. Das sei das Übliche; Identität der Waare werde nicht beobachtet, auch von den Beamten nicht verlangt. Ein weiterer Fall: Im September 1732 führte John Peele 310 Sack Tabak aus Maryland ein; bei der Ausfuhr ergaben sich folgende Unregelmäßigkeiten. Bei 200 Säffern war von 13,292  $\pi$  zu wenig Einfuhrzoll bezahlt worden, ferner wollte man bei der Ausfuhr damit Steuercredite von Virginia-Tabak decken und drittens wurden zur Ausfuhr 8286  $\pi$  zuviel deklariert. Dabei hat nicht der Exporteur, sondern Peele, von dem der Exporteur Snam gekauft hatte, Alles besorgt, bis das Gut auf dem Schiffe war, also auch selbst den Drawback eingenommen; denn der Tabak war zum Export gekauft, zum „kurzen Preis“, wie man es ausdrückt. Snam machte auch die Mittheilung, daß der Tabak



vor der Ausfuhr nicht umgepackt zu werden pflegt. Kleine Unterschiede im Gewicht können dem Wetter zugeschrieben werden; es kann das aber niemals bis zu einem viertel Procent des Gewichtes gehen. Auch scheint der ausgeführte und mit einem Drawback bedachte Tabak zuweilen heimlich wieder in's Land gebracht zu werden; von den normannischen Inseln, von Dünkirchen oder Ostende aus wird dieses Geschäft betrieben. Vielfach wird von solchen Schiffen vorgegeben, sie beabsichtigten nach fremden Ländern zu segeln. Letztere Angabe wird auch gemacht, wenn nach Irland Tabak geschmuggelt werden soll, weil im Falle der Bestimmung nach Irland Drawback nur unter Bescheinigung der irischen Behörden von der geschehenen Einfuhr bezahlt wird. Seit Weihnachten 1723 sind 958,745 Pfund Tabak als geschmuggelt festgehalten worden. Auch wird von den Schiffen beim Ausladen Tabak weggestohlen (sog. „Eintreiben“). 6 Personen sind deßhalb 1728 transportirt, 3 sind gepeitscht und etwa 150 untergeordnete Angestellte entlassen worden; es wurden in den Häusern, die als Niederlage dienten, 20 Tonnen Tabak gefunden. Dadurch, daß nicht die Identität der exportirten Waare festgehalten wird, ist nicht nur das Gesetz und der Eid des Kaufmanns verlegt, sondern der Staatschatz hat Verlust. Auf seine Kosten behält der Kaufmann achtzehn Monate hindurch den Betrag des Zolls in Händen und macht damit Geschäfte. Ebenso werden durch die Rückzölle die Händler, denen der Tabak in Consignation gegeben ist, oft veranlaßt, bei niedrigem Preisstand zu exportiren, schaden dadurch der Handelsbilanz, den Interessen der Pflanze und dem Geschäfte der soliden Kaufleute. Schon 1713 hat sich der Rath von Virginien hierüber beschwert. Durch dieses System bleiben auch ungerechter Weise die Bürgen noch haftbar, wenn die Sendung, wegen deren ihre Bürgschaft in Anspruch genommen wurde, längst ausgeführt oder im Inland abgesetzt ist<sup>90</sup>. Was andere

<sup>90</sup> Eine bedeutende Defraudation, die durch die Mitschuld eines Zolleinnehmers in Glasgow möglich wurde und dem Staatschatz 28,000 £. entzog,



Waaren angeht, so wurden seit zehn Jahren 251,320 Pfund Thee und 652,924 Gallons Brantwein als geschmuggelt confiscirt. Beim Wein sind wieder eigenthümliche Betrugsmethoden üblich, worüber der Geschäftsgehülfe einer Schmugglergesellschaft bemerkenswerthe Aussagen machte." —

Noch später, nachdem er von seinen Anhängern im Parlament diese Rechtfertigung bereits erhalten hatte, ließ der Minister in einer Streitschrift seine Sache vertheidigen und zugleich einem der Häupter der Gegenpartei mit heftigen Angriffen zu setzen. Die ausführliche Darstellung hat den Titel: „Unparteiische Erwägung des Entstehens und des Endes der kürzlich geplanten Accise“<sup>91</sup>. Der Gedankengang ist der folgende:

„Die Regierung denkt nicht daran, es nochmals mit dem Acciseplan zu versuchen. Sollte derselbe zur Ausführung kommen, so mußte es gleich nach der Vorlegung geschehen, nicht nachdem er noch den Vorwurf auf sich gezogen hat, einmal gescheitert zu sein. Der leiseste Versuch müßte ungeheuere Aufregung unter der bethörten Menge hervorrufen. Diejenigen, die den Vorschlag gemacht hatten, sind ihrer Pflicht nachgekommen und haben hinlänglich dafür gewagt. Die Gegner werden in der Sache Nichts thun, und abgesehen von den ausdrücklichen Versicherungen liegt es in der Natur der Dinge, daß die Angelegenheit zu Ende ist. Es kann sich deßhalb nur darum handeln zu untersuchen, wer sich den Vorwurf der Nation verdient hat, die Anhänger oder die Gegner des Projekts. Die Frage liegt nun so, ob es sich empfahl, die lästigste Steuer des Landes dadurch überflüssig zu machen, daß die gesetzlichen Abgaben von Wein und Tabak, welche das Publikum doch zahlen muß, nicht mehr von den Händlern defraudirt werden. Daß der Zoll großen Theils defraudirt wird, hat jetzt wieder der Parlamentsausschuß, der mit der Untersuchung des Gegenstandes beauftragt wurde, feststellen können, daß zu wenig

wird erwähnt im Report from the commissioners appointed to examine the publick accompts, 12. April 1714, p. 63 ff. — Ein Gallon = 4,54 Liter. —

<sup>91</sup> (XI) The rise and fall of the late projected excise, impartially considered. By a friend of the English constitution, 1733, 61 pp.



gezahlt, zuviel zurückvergütet wird; und viele Mißstände sind jedenfalls der Aufmerksamkeit bei dieser Untersuchung entgangen. Was den Wein anlangt, so zweifelt Niemand, daß nicht einmal die Hälfte des Wirthshausgetränkes wirklich Wein ist. Die Gegner selbst, indem sie davon sprechen, daß ein Mehrertrag die Macht der Krone zu sehr gestärkt hätte, geben zu, daß die Finanzen ansehnlich durch die Maßregel würden gewonnen haben. So hätte das Projekt an sich schon einer günstigen Aufnahme sicher sein sollen, abgesehen davon, daß es sich um eine Steuer auf fremde Erzeugnisse, die dem bloßen Luxus dienen<sup>91a</sup>, handelte. Und wie gedrückt sind viele Landbesitzer, die zwischen 100 und 1000 £ Einkommen haben, standesgemäß leben und für die Ausstattung der jüngeren Kinder ihr Gut belasten müssen, wenn sie nun auch noch Grundsteuer zahlen sollen! Dadurch werden gewiß Viele der bestehenden Ordnung abgeneigt und wenden sich den sog. Patrioten und Jakobiten zu. Ebenso wären die Geistlichen, von denen mehrere Tausende weniger als 50 £ beziehen, der Berücksichtigung werth, zumal sie noch andere Steuern zahlen. Im Laufe der Zeit hätte man dann auch noch weitere lästige Abgaben mit den Mehreinnahmen beseitigen können, gerade jene Steuern auf Seife und Lichter (Acciseabgaben!), welche unter dem biedern und unentwegten Gegner des Projektes eingeführt worden sind, einem Manne, der ebensoviel von der Religion hielt, als er gegen die Gefahren der Kirche schrieb, wie er an die Freiheit denkt, wenn er gegen die beabsichtigte Erleichterung der Unterthanen durch Vorbeugung von Unterschleifen reclamirt<sup>92</sup>. Es war nur die Absicht, Mißbräuche in der Erhebung zu beseitigen. Eine bessere Aufsicht bei den Händlern hielt man für das richtige Mittel; aber es blieb ja noch über Einzelheiten die Berathung des Parlamentes vorbehalten, auch erleichterte man in dem Gesetzesentwurf selbst das geltende Acciserecht. Zugleich wären damit die vielen Eide vermindert worden, die jetzt geleistet werden, in der Accise sowohl, wo die Bücher zu beschwören sind, als beim Zoll, da die Waaren in öffentlichen Zollhäusern

<sup>91a</sup> S. Nachtrag. — <sup>92</sup> Heinrich Bolingbroke (1678—1751).



untergebracht werden sollten, sodaß keine falschen Eide wegen der Identität mehr vorkommen konnten. Allein die Wahlen waren nahe, und da handelte es sich für die Opposition darum, der Regierung den Ruhm zu entreißen, den sie nach der Durchführung der heilsamen Maßregel beim Volke sicher erworben hätte. So wurde denn zunächst ein unbestimmter Schrecken verbreitet, indem man vom Plan zu einer allgemeinen Accise sprach. Ohne diesen Vorwand hätten nur die wenigen Defraudanten im Lande etwas gegen den Vorschlag einzuwenden gehabt<sup>93</sup>. Darum wurde jeder Gebrauchsartikel als der Accise ausgesetzt hingestellt; ja man behauptete, der Grund und Boden selber werde von den Accisemännern visitirt werden. Diejenigen, denen durch den Vorschlag ihr unrechtmäßiges Gewerbe gelegt worden wäre, verbreiteten natürlich die Lüge. Damit verbanden sich die Gegner der Regierung; zuerst waren die Jakobiten dem Gedanken günstig, aber als sie sahen, daß sich Unzufriedenheit erregen ließ, machten sie ebenfalls Opposition. Es wäre Zeit genug zum Lärmen gewesen, wenn ein Vorschlag gemacht worden wäre, nothwendige Lebensbedürfnisse zu besteuern oder Privatwohnungen der Aufsicht der Accisebeamten zu unterwerfen. Kaffee und Chocolate brachten seit der Umwandlung der Abgabe in eine Accise viele Tausende mehr<sup>94</sup>. «Der Handwerker» vom 12. Mai empfiehlt trotzdem die dieses Mal angewendete Methode bei andern

---

<sup>93</sup> Adam Smith, inquiry into the nature and causes of the wealth of nations, B. V. Ch. II, taxes upon consumable commodities (ed. M. Culloch, p. 399): the excise laws, it appears, I believe, from experience, obstruct and embarrass the operations of the smuggler much more effectually than those of the customs. Vgl. auch eine merkwürdige Stelle über den Zusammenhang des Wahlrechts in den rotten boroughs mit dem Schmuggel bei Tucker, on the advantages and disadvantages which respectively attend France and Great-Britain with regard to trade (3<sup>te</sup> ed.) p. 40: smugglers are, for the most part, inhabitants of boroughs and towns corporate; they, or their relations, friends, dealers, acquaintance ec., are voters, and — verbum sat sapienti. — <sup>94</sup> Vgl. oben, S. 16; Core, a. a. O. III, 66, spricht von einem jährlichen Mehrertrag von 120,000 £, — eine offenbare Übertreibung.



Gelegenheiten. Die Abgeordneten sollten immer von Sachverständigen Belehrung annehmen; wenn aber statt dessen ausdrückliche Befehle aus dem Publikum kommen, so heißt das die Freiheit der Berathungen beseitigen. Was sollte daraus werden, wenn nun auch der bedrückte Stand der Grundeigenthümer in ähnlicher Weise, namentlich da die Pachtzinsen heruntergehen, mit Drohungen und Beleidigungen auf Abschaffung der Grundsteuer dränge! So ist durch das Volksgeschrei schon König Wilhelm gezwungen worden, mehr Truppen zu entlassen, als das staatliche Wohl gestattete, und die Folge war der Ausbruch eines blutigen Krieges, der begonnen ward, weil man die Nation für unvorbereitet ansah. Man hat sich aber nicht einmal mit Befehlen, die von lokalen Corporationen ausgingen, begnügt, man war nahe daran, den Abgeordneten Gewalt anzuthun. Schmutzige Patrioten, die Arbeiter in Glashäusern, sind bei Nacht aufgebeten gewesen; eine bunte Menge, in der Viele mit Stöcken und Säbeln bewaffnet waren, befand sich in der Nähe der Parlamentsitzungen und versuchte die vorübergehenden Abgeordneten einzuschüchtern. Die Opposition scheute also nicht davor zurück, die ganze Verfassung, die nicht dem König und nicht dem Volke die Willkür gibt, sondern die legislativen Saktoren zusammen entscheiden läßt, auf das Spiel zu setzen, während doch bloß die erste Lesung des Vorschlags vorbei war und im Ausschusse noch alle Mängel sich beseitigen ließen. Jetzt wird es überhaupt unmöglich, Betrug und Unterschleif abzustellen; es würde sonst wieder von der englischen Freiheit geredet, es würden wieder Lieder gesungen und Beamte in effigie gehängt werden, wenn Maßregeln zu dem Zwecke in Vorschlag kämen. Warum haben denn die Opponenten nicht eine andere zweckmäßige Einrichtung an Stelle der vorgeschlagenen Accise angeboten? Man wird erwidern: sie haben die Einsetzung eines Ausschusses beantragt, der die Betrügereien im Zollwesen untersuchen sollte. Allein dieser Antrag wurde erst am Schlusse der Sitzungsperiode gestellt, sodaß der Bericht nur schleunig erstattet werden mußte, ein Vorschlag daran nicht geknüpft wurde. Demnach ist



von der Opposition in der That nichts geschehen, um den Übelständen abzuhelpen. Jetzt behauptet dieselbe, der Bericht habe nichts Neues gelehrt, und doch zeigt sich darin zahlenmäßig die Größe des Tabakschmuggels, der Verlust des Staates, des ehrlichen Kaufmanns, des armen Plantagenbesizers! Er zeigt, wie durch die Zölle die fremden Märkte überfüllt sind, die Waare im Preise gedrückt wird. Und all' die Mißstände dazu, die der Weinzoll erzeugt! Und doch behauptet man von Seiten der Opposition, die ganze Defraudation belaufe sich auf nur 30,000 £! Nun beschränkt man sich darauf (Craftsman 28. Juli), den Stil des Commissionsberichts zu kritisiren und von der Art, wie die Wahl des Ausschusses zu Stande gekommen, tadelnd zu reden. Man sieht daraus deutlich, daß der Opposition nichts am Herzen lag, als sich in die Höhe zu bringen und dem beneideten Minister Verlegenheiten zu bereiten. Ob dabei die Verfassung, die Rechte des Parlamentes verlegt, Meineid und Schmuggel ermuthigt wurden, daran lag nichts. Und was hatten die Gegner für einen Erfolg! Das Gesetz wurde von seinen Anhängern aufgegeben. Denn diese saßen nur das öffentliche Wohl in's Auge, und sie wollten die öffentliche Ruhe nicht auf das Spiel setzen. Keine gewöhnliche Nachgiebigkeit bei Machthabern: sie verzichteten darauf, einen Gegenstand, der sich nun einmal als bestritten herausstellte, mit Gewalt durchzusetzen. Das Haupt der Opposition hat das anders gehalten. Der Mann war taub für den Schrei des Armen, als er sogar die Kerzen besteuerte, womit sovieler ihr Brod verdienten. Und auch jetzt, nachdem die Minister das seltenste Beispiel der Selbstverleugnung und Bescheidenheit gegeben haben, läßt die Opposition das Volk noch nicht zur Ruhe kommen, hört sie nicht auf, den Plan zu verlästern, den Minister durch den Pöbel insultiren zu lassen. Jeder Engländer, der sein Land liebt, wird daher fürchten, daß die Macht in solche Hände übergehen könnte, mit denen jener Mann in Verbindung steht, der den allgemeinen Abscheu auf sich gezogen hat, den er soviel gethan, zu erregen, jener Mann, der seinen verderblichen Handelsplan gegen die Meinung der eignen Freunde



und der Nation verfolgt, der die armen treuen Catalonier<sup>95</sup>, ein freies Volk, geknechtet und gemordet hat“<sup>96</sup>. —

Suchte der Minister seine Niederlage zu verringern, indem er sie als unverdient hinstellte, so verfehlte die Opposition nicht, ihren Sieg zu krönen und der Nation vorzustellen, welcher fürchterlichen Gefahr man soeben mit genauer Noth entgangen sei. Dreifach geharnischt erscheint darum die Streitschrift, in der die Gegner der Accise ihren Rückblick auf den ausgefochtenen Kampf werfen, die früheren Veröffentlichungen sämmtlich an Schwung und Leidenschaft übertreffend, — nachdem alle Argumente bereits

---

<sup>95</sup> Vgl. Mahon, the reign of Queen Anne (Tauchn. ed.) II, 280 und die dort angeführten Stellen. — <sup>96</sup> Es ist bemerkenswerth, daß diese umfassende Vertheidigung des Acciseplans von einem Nutzen desselben für den Welthandel Englands nicht spricht. Spätere Schriftsteller haben dagegen gemeint, durch die Freilassung der eingeführten Waaren von jedem Zoll, wie sie in Walpole's Vorschlag lag, hätte England das Emporium ganz Europas werden können, und bedeutende Nationalökonomien, wie Adam Smith, Sinclair, Mac Culloch, haben deshalb dem Minister reiche Lobsprüche gespendet. So sagt der letztgenannte (Mac Culloch, on the principles and practical influence of taxation, p. 26), der Acciseplan „habe die Absicht verfolgt, die Importeure von Tabak und Wein von der Zahlung der auf diesen Waaren ruhenden Abgaben so lange frei zu lassen, bis der Verkauf zum Zweck eines inländischen Consums geschehen sei“. Darin liegt nun ein wesentliches Mißverständnis. Walpole beabsichtigte derartiges mit seinem Vorschlage nicht; er wollte einfach die bisherigen Sinterziehungen und Betrügereien bei den bestehenden Steuern abstellen, also dem Staatsschatz eine erhöhte Einnahme verschaffen. Deshalb wollte er die importirte Waare nicht bloß an der Grenze controliren, sondern auch im Innern des Landes verfolgen und unter Aufsicht halten; deshalb wollte er andererseits die Rückvergütung von Zöllen überhaupt beseitigen. Sein Projekt war rein fiskalisch, ohne handelspolitische Tendenz. Freilich schloß er seinen Vortrag in der Parlamentsdebatte (Parl. history VIII, 1281) mit den Worten, daß die vorgeschlagene Veränderung „London zu einem Freihafen und damit zum Weltmarkt“ machen werde. Das ist jedoch kaum mehr als eine Redewendung, die dem Projekt Gunst verschaffen sollte. Denn was hier versprochen ist, bildete in dem Zeitalter bereits das Ideal zahlreicher Engländer; ist doch in Addison's Spectator als Repräsentant der liberalen Ideen der Londoner Kaufmann und Baronet „Freihafen“ eingeführt!



erschöpft erscheinen, noch stark durch einen neuen, leicht den bedeutungsvollsten der geltend gemachten Gesichtspunkte. Alles läßt vermuthen, daß der ungenannte Verfasser unter den berühmtesten Schriftstellern und den kühnsten Führern der Partei zu suchen ist, und darum wird die Wiedergabe des Inhalts dieser Schrift am Geeignetsten eine Betrachtung schließen, in der wir die durch den Accisestreit hervorgerufenen Literaturerzeugnisse zusammenfaßten. Von dem Titel, der den Fehler hat, ein ganzes Inhaltsverzeichnis zu bilden<sup>97</sup>, sei nur der Anfang wiedergegeben: „Brief eines Parlamentsmitgliedes an seinen Freund in der Provinz über die Gründe, die es bestimmten, die Ausdehnung der Accisegesetze zu bekämpfen“<sup>98</sup>:

„In der Diskussion über die Accise sind verschiedene Punkte so beiläufig erwähnt worden, daß das Publikum sie leicht übersehen konnte, und es ist deshalb nothwendig, nochmals darauf aufmerksam zu machen. Allerdings müßte Alles geschehen, um die Umgehung der bestehenden Steuergesetze zu verhüten. Kann das Ziel durch eine Änderung der Erhebungsweise erreicht werden, so daß alsdann die Mehreinnahme eine andere lästige Steuer aufzuheben gestattet, so wäre eine solche Maßregel höchst empfehlenswerth. Allein damit ist noch nicht die Accise gerechtfertigt. Wären selbst beim Zoll die Unterschleife so groß, wie mit Übertreibung zuweilen behauptet wird, und würden sie durch die Accise abgestellt, so wäre diese dennoch unräthlich, weil dadurch der Handel Noth litte und die Freiheit in Gefahr käme. Es ist zu bedenken, daß der Consument mehr als den doppelten Betrag der vom Staat erhobenen Accise bezahlen muß. Denn der Händler verlangt nicht nur einen Ersatz seiner

---

<sup>97</sup> Der für unsere Begriffe ebenfalls complicirte Titel einer Streitschrift Bolingbroke's lautet: An answer to one part of a late infamous libel, entitled «remarks on the craftsman's vindication of his own honorable patrons». — <sup>98</sup> (XII) A letter from a member of parliament to his friend in the country, giving his reasons for opposing the farther extension of the excise laws, and shewing, that had the late attempt succeeded, it had been destructive of parliament and fatal to the constitution, 28 pp.



Vorlage<sup>99</sup>, sondern auch Entschädigung für seine Mühe, sein Risiko, seinen Zeitverlust und seine Plackerei. Das Volk murren, daß der Händler für jeden Penny Steuer, die ihm auferlegt werden, zwei Pence vom Kunden nimmt<sup>100</sup>. Allein man vergißt, daß von einer Steuer nicht bloß die Waare, sondern auch der Mensch belästigt werden kann; statt dem Zollrecht dem quälenden Acciserecht unterworfen zu sein, ist eine Pein, für welche der Kaufmann mit Recht eine pecuniäre Schadloshaltung beansprucht<sup>101</sup>. Über den Tabak hat die öffentliche Meinung sich genügend ausgesprochen. Daß die beabsichtigte Abgabe vom Weine keine neue gewesen wäre, ist durchaus unrichtig. Der Zoll trifft nur den eingeführten Wein, der dann gemischt, versetzt werden kann. Der Kaufmann hat in dieser Hinsicht nur gegen seinen Kunden eine Verpflichtung, nicht gegen den Staat. Es liegt deshalb auch der Gedanke nicht fern, daß das Projekt

<sup>99</sup> Prime cost. Einen ähnlichen Ausdruck (primary und secondary advance), aber in einem verschiedenen Sinn, braucht in Bezug auf Steuern Tucker, on the advantages and disadvantages ec., a. a. O., p. 163 II. —

<sup>100</sup> Adam Smith, a. a. O., p. 395: the observation of Sir Matthew Decker, that certain taxes are, in the price of certain goods, sometimes repeated and accumulated four or five times, is perfectly just with regard to taxes upon the necessaries of life. In einer Schrift des genannten Decker, scheme to secure and extend the credit and strength of the british nation (1747), p. 7, heißt es bloß: such taxes on trade, as well as on native products, are in many instances, more than doubled, by means of the goods passing through so many hands. Wahrscheinlich aber dachte Smith an eine Äußerung in der von Tucker, a. a. O. excerptirten anonymen Broschüre, Essay on the causes of the decline of the foreign trade, 1744, 4<sup>o</sup>. Smith hat auch p. 396 irrthümlich Decker als den Verfasser derselben bezeichnet, während sie von Will. Richardson herrührt; vgl. Mac Culloch, the literature of political economy, p. 329 und Einleitung zu Smith, p. XXXV. — <sup>101</sup> Smith, a. a. O., p. 407: such taxes, by subjecting at least the dealers in the taxed commodities to the frequent visits and odious examination of the tax-gatherers, expose them sometimes, no doubt, to some degree of oppression, and always to much trouble and vexation, and though vexation, as has already been said, is not, strictly speaking, expense, it is certainly equivalent to the expense at which every man would be willing to redeem himself from it.



den Handel mit Portugal, der eine so günstige Bilanz läßt<sup>102</sup>, geschädigt hätte. Das Ganze nahm sich so aus, als habe man die Weinfälschung gestatten, aber für diese Erlaubniß bezahlt sein wollen. Man deklamirte gegen «Giftmischerei», aber statt nun zu sagen, die Gesundheitsbehörde müsse die Weinkeller beaufsichtigen, gestaltete sich erstaunlicher Weise die Reform zu einem Acciseplan. Es gibt eben Leute, die nur an Steuern und Auflagen denken. Die Zwecke, für welche die bestehenden Zölle auf Tabak und Wein eingeführt wurden, erscheinen vollständig erreicht, ja es bleibt noch ein Ueberschuß, der als Tilgungsfond dient. Sie wurden in Zeiten eingeführt, als der Staat durch Kriege in große Ausgaben gestürzt war, trotzdem sollten sie jetzt mitten im Frieden nicht etwa aufgehoben, sondern verstärkt werden. Steuern, von der Noth erzeugt, überleben, wie man sieht, gleich andern Kindern, häufig ihre Eltern. Allein das Projekt bedroht auch die ganze Verfassung, und deßhalb besonders muß man ihm entgentreten, sollte es jemals wieder hervorgesucht werden<sup>103</sup>. Das gute Verhältniß zwischen König und Volk beruht darauf, daß dieselben einander wechselseitig nöthig haben. Er beschützt uns, und wir geben ihm Geld. Jedes Ereigniß, wodurch diese Beziehung gestört wird, schädigt die Eintracht im Staate. Nun wird die Grundsteuer jedes Jahr auf's Neue bewilligt, die Accise für alle Zeiten. Die Häufigkeit der Parla- mente seit der Restauration rührt von dem Zwange her, unter welchem sich die Regierung befand, für ihre außerordentlichen

<sup>102</sup> Methuen-Vertrag von 1703! Vgl. Anderson, historical deduction of the origin of commerce, III, 226. 27, und die dort angeführten Worte des British merchant: we gain a greater balance from Portugal than from any other country whatever. — <sup>103</sup> Die constitutionellen Bedenken des Schriftstellers hatten freilich für England kein Gewicht mehr, als mehr wie fünfzig Jahre später, 1786 auf Wein, 1788 auf Tabak eine Accise eingeführt wurde. Bei der ersteren Gelegenheit trat der freisinnige Rechtsgelehrte Lord Camden für die Maßregel ein; bei der letzteren waren nur neunzig Abgeordnete im Unterhause anwesend und in der dritten Lesung fanden sich nicht mehr als zwanzig, die mit Nein stimmten. Vgl. Belsham, history of Great-Britain (London 1805) VIII, 106, resp. 252.



Bedürfnisse Bewilligungen zu erhalten. Soviel verdanken wir der Umsicht der Vorfahren, die sich in keinem Zeitalter und unter keiner Regierung von ihrem köstlichen Juwelen trennen wollten, obgleich es zu allen Zeiten schlechte und verderbte Minister gab, die es ihnen zu entreißen suchten. Darin eben suchten die Vorfahren die Grundlage der Constitution, ohne welche der ganze Bau zusammenstürzen muß. Die alten Gesetze, welche der Krone die Macht nehmen, ohne Bewilligung Geld zu erheben, gehen davon aus, daß kein späteres Parlament so schwach oder so verachtet sein werde, Bestimmungen zu treffen, wodurch jede weitere Bewilligung überflüssig wird. Sie gehen aus von einem beständigen Bedarf der Krone und einer ebenso beständigen Macht der Parlamente, worauf kein Parlament verzichten werde, nämlich Bewilligungen nur da zu gewähren, wo ein Grund dafür angegeben wird und triftig erscheint. In dem Statutum de tallagio non concedendo verpflichtete der König sich und seine Erben, keine Abgabe ohne die Bewilligung des Parlamentes zu erheben. Hätten nun unter Eduard I. nach Erlangung dieses Zugeständnisses die Abgeordneten das gethan, was ihnen kürzlich angeschlossen worden, und dem König und dessen Erben für alle Zeiten etwa eine halbe Million auf jedes Jahr bewilligt, — würden sie nicht alsbald die Abhängigkeit des Königs von den Beschlüssen der Volksvertretung wieder beseitigt haben? Hätten nicht in diesem Falle spätere Könige straflos versuchen können, was ihnen nun doch als Tyrannei und Willkür angerechnet worden ist und Verderben gebracht hat? Nach der jetzigen Einrichtung beschäftigt sich das Parlament zuerst damit, die Staatsverhältnisse zu erwägen, und bestimmt danach die Ausgaben. Wozu aber brauchte man nach einer ewigen Bewilligung die zwei Ausschüsse für den Bedarf und für die Deckung, denen bisher die Minister hauptsächliche Aufmerksamkeit schenkten? Hätte die Krone zur Zeit von Strafford und Laud solche Steuern gehabt, sie hätte sich brauchen keine Gesetzwidrigkeit zu Schulden kommen zu lassen. Die Tyrannei der Sternkammer, alles andere Elend des absoluten Regiments würden Bestand ge-



habt haben, und das Parlament hätte jeden Einfluß, jeden heilsamen Schrecken eingebüßt, es wäre ihm der Stachel entzogen gewesen. «Ich kann nicht umhin, es als eine Schwächung der Constitution anzusehen, wenn Geld, das nicht etwa zur Bezahlung von Schulden bestimmt ist, auf mehr als ein Jahr bewilligt wird, gar eine unbegrenzte Bewilligung bedeutet das Zerstören der Verfassung!» Man wird einwenden, daß ja die Art der Verwendung dem Parlamente vorbehalten sei. Allein die Freiheiten des englischen Volkes stehen auf sehr unsicherem Grunde, wenn sie nur auf der Gerechtigkeit der Fürsten beruhen, denn wenn diese auch wohlwollend und tüchtig sind, so haben besonders Theologen und Juristen sie oft zu der Meinung verführt, ihr Wille sei die Regel für das Gesetz und ihre Auffassung die Richtschnur für die Gewissen. Es wäre Thorheit zu glauben, daß, während selbst jetzt, wo doch die Bestreitung ihrer Ausgaben davon abhängt, die Fürsten den Parlamenten wenig gewogen sind, sie ihnen befreundeter würden, nachdem die öffentliche Casse mit Geld voll ist, und daß das Parlament eine große Rolle spielen werde, wenn es nicht zusammentritt, um dem König Geld zu verschaffen, sondern um ihm vorzuschreiben, wie er es ausgeben soll. Auch wird schwerlich das Interesse der Nation groß sein an einem Parlament, das zwar neue Steuern einführen, aber keine alten abschaffen kann. Freilich hätten die zwei Steuern noch nicht genügt, man hätte noch die Malzsteuer gebraucht. Allein gewiß wäre noch mehr an die Reihe gekommen, nachdem die erste Jagdbeute erlegt worden. Walpole selber hat gegen eine Petition der Droguisten gesagt, ihre Einwendungen stimmten auch in Bezug auf andere Accisen; ebenso hätte man die Gründe für die Tabak- und Weinaccise auch bei weiteren Waaren stichhaltig gefunden. Der große Unterschied, der das Acciseverfahren von dem sonstigen Proceß trennt, daß keine Geschwornen zugezogen werden, ist bereits viel von der Öffentlichkeit besprochen; das Geschwornengericht aber bildet nicht bloß einen der obersten Grundsätze, worauf die Verfassung ruht, sondern es ist auch ein promptes Verfahren. So wäre hier am Wenigsten eine Ände-



rung zulässig, auf welche ganz besonders das Wort des großen Lord Salkland passen würde: «die große Gefahr der Veränderungen liegt darin, daß man alle Schäden und Unzuträglichkeiten, die sie im Gefolge haben können, niemals voraussehen vermag». Gleichgültig kann es auch nicht sein, daß der Einfluß der Krone auf die Wahlen sich gesteigert, daß, wie im vorhergehenden Jahre<sup>104</sup> um 600, die Zahl der Steuerbeamten wieder um 2–300 zugenommen hätte, daß die persönliche Freiheit einer zahlreichen Classe der Unterthanen vollständig wäre aufgehoben worden, daß Bürger in Gefahr gerathen wären, durch den Fehler eines Dieners ihre Existenz vernichtet zu sehen. Man stellt sich auf Seiten des Ministeriums an, als sei die ganze Unzufriedenheit mit dem «weisen und ehrlichen Plan» künstlich erregt, durch einen Jacobiten und einen Republikaner, die jeden Samstag ein Blatt für zwei Pence schreiben, durch D (anver) s und F (o) g. Also das Volk weiß selber nicht, wie wohl ihm ist, wird von diesen Schriftstellern ohne allen Grund mit seinem glücklichen Zustand unzufrieden gemacht! Nun ist es aber eine zahllose Menge der treuesten und anhänglichsten Unterthanen der Krone, die dem Projecte widerstrebten; Leute, die auch gegen die herrschende Ansicht für die Dynastie eingetreten waren, sind dem Gesetzesvorschlag um der Ehre des Königs und der Freiheit des Landes willen entgegengetreten. Das ist allerdings richtig, daß, wenn die Engländer einmal Sklaven sein sollen, es ihnen ziemlich gleichgültig erscheint, unter welchem Herrn sie es sind. Die Gegner des Planes sind allerdings der Rachsucht des «Projectenmachers» geopfert worden, er hat die Götter in seinen Streit gezogen und Bedrohung und Unnade auf die Vaterlandsfreunde herabbeschworen<sup>105</sup>. Allein jene Männer erfreuen sich der laus publica, welche sonst jeder kluge

<sup>104</sup> Durch die Salzsteuer. — <sup>105</sup> Anspielung auf die königliche Unnade, von der Chesterfield, Clinton, der Herzog von Bolton betroffen wurden; vgl. Core, a. a. O. III, 118, Mahon, Geschichte von England, a. a. O. II, 199, 200.



Herrſcher zu gewinnen ſuchte, die aber jetzt den Gegnern der Regierung zufällt. So iſt durch die Abweiſung des Acciſeplans der Beſtand des Parlamentes gerettet worden, und ſo lange der fünfte November<sup>106</sup> feſtlich begangen wird, ſo lange wird hoffentlich auch der elfte April gefeiert werden<sup>107!</sup> —

### Nachträge.

Zu Note 75<sup>a</sup> (S. 49) iſt folgende Ausführung von Adam Smith, *Wealth of nations*, Book V, Ch. 2, taxes upon consumable commodities (ed. Mc. Culloch, p. 399) zu vergleichen: high taxes, ſometimes by diminishing the conſumption of the taxed commodities, and ſometimes by encouraging smuggling, frequently afford a ſmaller revenue to government than what might be drawn from more moderate taxes.

Zu Note 91<sup>a</sup> (S. 64) vgl. Smith, a. a. O., p. 393: consumable commodities are either necessities or luxuries; . . a tax upon the necessities of life, operates exactly in the ſame manner as a direct tax upon the wages of labor; . . . it is otherwiſe with taxes upon what I call luxuries. Serner Tucker, on the advantages and diſadvantages ec., a. a. O., p. 106: I ſhall endeavour to point out a method how certain taxes might be raiſed without burdening any of the necessities of life.

---

<sup>106</sup> Der Jahreſtag der Pulververſchwörung. — <sup>107</sup> Von einer Seier im Jahre 1734 ſpricht Maſon, a. a. O. II, 198 II., von einer ſolchen im Jahre 1735 Rapin, a. a. O. XI, 464.









Leser, Emanuel

Ein Accisestreit in England Von Emanuel Leser. [Zwischentitel.]

Heidelberg 1879

Jur.is. 319 b

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11390109-8